

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Einzementierter
Reichtum**
Martin Schürz

**Netzwerke und
Geschichte(n)**
Wolfgang Neurath

**Ohne Schulden
läuft nichts**
Thomas Strobl

**Plädoyer für eine neue
Demokratisierung**
Barbara Serloth

EDITORIAL

Von Fragen der Gleichheit und Demokratie über Social Media bis zur Wehrpflichtdebatte reicht thematische Bogen dieser ZUKUNFT-Ausgabe.

In seinem Beitrag geht **Martin Schürz** der Frage nach, **weshalb** trotz politischer Stimmungsänderung im Gefolge der Finanzkrise die Chance auf eine **sinnvolle Debatte über Vermögenssteuern** auch bei der Budgeterstellung 2011 **verpasst** wurde. Neben der Vernebelung der tatsächlichen Verhältnisse hinsichtlich der Vermögensverteilung und der (»unsichtbaren«) Macht der Vermögenden, ortet Schürz v. a. auch einen »**Gestus der Unterwerfung**« in Politik und Medien. Die Hoffnung auf den »guten«, wohl tätigen Reichen sei aber kein Ersatz für eine kantige Politik, die selbst von einem Bewusstsein für Gleichheit getragen sei.

Caspar Einem greift in einem **offenen Brief** an den abberufenen **Generalstabschef Entacher** die Eskalation der **Wehrpflichtdebatte** auf. Gerade weil in der Sache selbst eine grundsätzliche Debatte notwendig sei, müsse man im Umgang miteinander korrekt agieren.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich der wachsenden Bedeutung von sozialen Netzwerken und ihre gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Dimensionen.

Thomas Königshofer wagt sich an eine **Interpretation der Social Media** anhand der Gesellschaftsbegriffe von **Theodor W. Adorno** und **Peter Drucker**. Das führt zu sehr unterschiedlichen Interpretationen: Social Media zwischen einem Verdummungsinstrumente für die Gesellschaft und einem Instrument der Selbstermächtigung zur Selektion des eigenen Netzwerkes und für das Knüpfen tatsächlicher Netzwerke.

Die Netzwerkanalyse und ihre Verwertbarkeit in der **Geschichtswissenschaft** sind wiederum das Thema von **Wolfgang Neurath**. Er untersucht, welche **Berührungspunkte** zwischen Sozial-, Kultur- und historischer Forschung sich durch dieses Instrument ergeben.

Dem seit Jahrzehnten gepflegten Bild des Staats als Hausfrau, die nicht mehr ausgeben darf als sie einnimmt, tritt der ökonomische Querdenker **Thomas Strobl** entschieden entgegen: Wer als Finanzminister drauflos spart, bewahrt nicht den Wohlstand für künftige Generationen, sondern macht die Gesellschaft arm. Denn, so argumentierte Strobl in seinem Vortrag im Kreisky-Forum, der die Grundlage dieses Artikels bildet: **Ohne Schulden läuft gar nichts**.

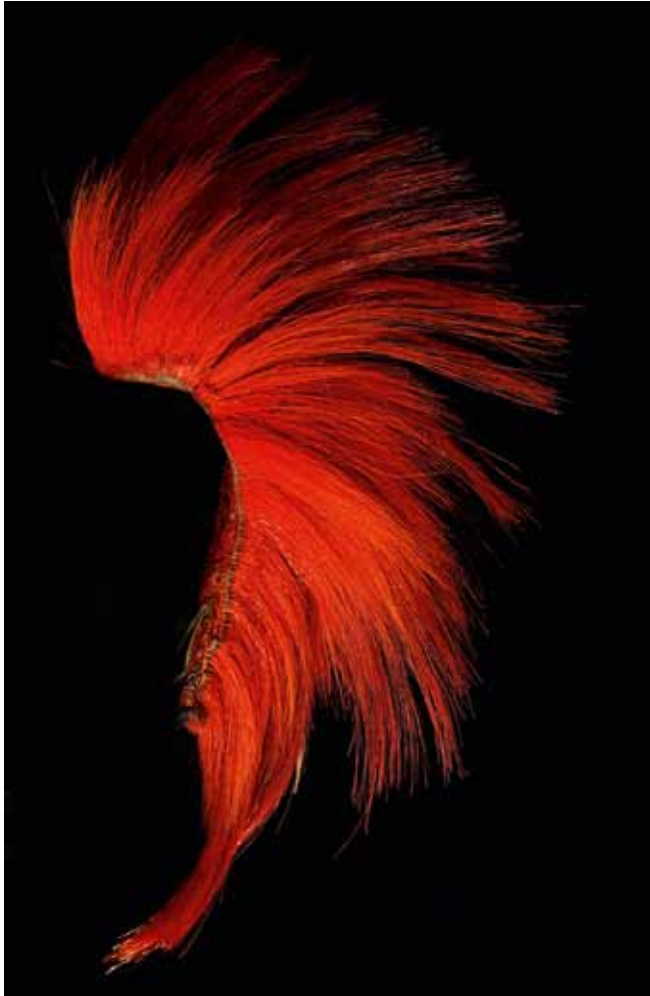
Ein Plädoyer für den Gestaltungsauftrag der Politik ist auch der Beitrag von **Heinz Kienzl**. Seine **Thesen zur Industriepolitik** fordern nicht nur ein Bekenntnis zur Sachgütererzeugung in Österreich, sondern vor allem auch politische Maßnahmen zur Entwicklung einer zukunftsorientierten Industriepolitik.

Die Ausläufer der **Sarrazin-Debatte** lassen uns auch in diesem Heft nicht los: **Barbara Serloth** argumentiert **gegen** eine **schlichte Zurückweisung der Debatte** und verlangt, dass die Linke, die durch jahrlanges Leugnen tatsächliche Probleme ignoriert habe, nun aktiv werde, um die **Ignoranz** gegenüber MigrantInnen, vor allem aber autochthonen Bevölkerungskreise, die sich durch Migration entfremdet fühlen, zu **überwinden** und tatsächliche Probleme zu lösen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

LUDWIG DVOŘAK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



KOPFSCHMUCK DER UREINWOHNER NORDAMERIKAS

© Tropenmuseum Amsterdam

- 6 **Einzementierter Reichtum**
Von MARTIN SCHÜRZ

- 12 **(Warum) Muss der Generalstabschef gehen?**
FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM

- 14 **ROOD TROPENMUSEUM AMSTERDAM**

- 14 **Macht und Ermächtigung**
Von THOMAS KÖNIGSHOFER

- 24 **ROOD TROPENMUSEUM AMSTERDAM**

- 24 **Netzwerke und Geschichte(n)**
Von WOLFGANG NEURATH

- 33 **ROOD TROPENMUSEUM AMSTERDAM**

- 34 **Ohne Schulden läuft nichts**
Von THOMAS STROBL

- 39 **ROOD TROPENMUSEUM AMSTERDAM**

- 40 **Zehn Punkte zur Industriepolitik**
Von HEINZ KIENZL

- 45 **ROOD TROPENMUSEUM AMSTERDAM**

- 46 **Plädoyer für eine neue Demokratisierung**
Von BARBARA SERLOTH

- 48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches

- 50 **Blick in eine dunkle Vergangenheit**
SCHLUSSWORT VON CASPAR EINEM

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags Gmbh, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořák (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag.ª Alexandra Pernkopf, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ⁱⁿ Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag. Artur Streimelweger, Mag. Peter Walder **Production Manager:** Dr. Manfred Lang. **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Coverfoto:** © Tropenmuseum Amsterdam

Einzementierter Reichtum

*»Ob Sonnenschein, ob Sterngefunkel:
Im Tunnel bleibt es immer dunkel.«*

ERICH KÄSTNER

Obwohl alles für die Einführung von echten Vermögenssteuern spricht, brachte auch die Budgeterstellung 2011 keine Ansätze für eine Substanzbesteuerung. Martin Schürz analysiert kritisch, welche Faktoren in Politik und veröffentlichter Meinung dafür sorgen, dass Reichtum in Österreich faktisch nicht besteuert wird.

Zu den Merkwürdigkeiten der Budgeterstellung 2011 zählt, dass die ungleiche Vermögensverteilung in Österreich auch nach der Finanzkrise kein Thema war. Auf den ersten Blick sah der Ansatz von Befürwortern einer Vermögens- und Erbschaftsteuer erfolgversprechend aus: erstens, mit einer Besteuerung von Vermögen beträchtliche Steuereinnahmen erzielen, zweitens, mit hohen Freibeträgen die politische Zustimmung der steuerlich nicht belasteten Mehrheit sicherzustellen und drittens mit niedrigen Steuersätzen die Reichen einigermaßen bei Laune zu halten. Die Mittelschicht wäre nicht betroffen gewesen, die Reichen hätten keine substantiellen Einbußen erfahren und das Geld für wichtige gesellschaftliche Aufgaben, wie Armutsbekämpfung, Pflege und Kinderbetreuung, wäre leicht aufzutreiben gewesen. Da der Zorn in der Bevölkerung gegen Banken und Manager beträchtlich schien, hätte man sich sogar Stimmengewinne bei Wahlen erwarten können. Und die Vermögenskonzentration in Österreich ist so hoch, dass es mit einer vernünftigen Besteuerung der Vermögen der oberen Zehntausend sein Bewenden hätte haben können. 99% hätten daher einer solchen steuerpolitischen Maßnahme jubeln sollen. Warum führte diese Argumentation aber nicht einmal zu einer symbolischen Bagatellesteuer auf den Vermögensbestand?

Ich werde in diesem Beitrag folgende Überlegung darlegen. Eine substantialistische Sicht auf die Reichen, welche diese mittels bestimmter konstitutiver Kennzeichen (z.B. gierig, maßlos, philanthropisch, mächtig) identifiziert und ihre Beziehungen untereinander durch beobachtbare Verbindungen zu bestimmen sucht (z.B. Elitenverbände, Netzwerke), verfehlt die gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Um diese

erfassen zu können, muss man, wie Pierre Bourdieu zeigte, stattdessen das Feld der Macht mit den zugrundeliegenden und es konstituierenden unsichtbaren Beziehungen analysieren. Hierfür fehlen leider eine Vielzahl empirischer Daten. Doch für kohärente Analysen der Gesellschaft ist es wenigstens notwendig, die Lebensverhältnisse der Armen mit jenen der Reichen zu vergleichen.

Drei Faktoren scheinen für das Fehlen von Vermögenssteuern in Österreich verantwortlich zu sein: erstens, die Ideologeme der Apologeten der Reichen zur Vermögensverteilung überzeugten bislang, zweitens, die Reichen blieben gesellschaftlich weitgehend unsichtbar und drittens die Haltung der Öffentlichkeit zur ungleichen Verteilung ist auch nach der Krise eine der Resignation und Apathie.

VERNEBELUNGEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG

Neben dem bekannten Dilemma, dass es in Österreich keine politischen Akteure gibt, die das Thema sozialer Gerechtigkeit ernst nehmen, aber viele Parteien und Interessensvertretungen, die es mit ideologischer Verve hintertreiben, gibt es auch eine sozialwissenschaftliche Begründung: Wissen über Reichtum war und ist sozial nicht verfügbar. Daher geistern nur Phantasmagorien von Reichen herum. Sándor Márai beschrieb es 1943 in seiner »Schule der Armen« so: «Die Möglichkeit, daß die geistigen Fähigkeiten des zufällig meinen Weg kreuzenden Reichen sich auf dem Niveau einer Ziege oder eines Mulus bewegen könnten, hat nie die fromme Ergriffenheit abgeschwächt, die ich dem Mythos des Reichtums gegenüber empfand.» Wenigstens empirische Informationen zur privaten Reichtumsentstehung und zur intergenerationalen Vermögensmobilität wären notwendig, um Mythen zu

entzaubern. Diese gibt es aber in Österreich leider nicht. Die Datenlage zum Reichtum in Österreich dürftig zu nennen, ist ein Euphemismus.

Das Thema der ungleichen Vermögensverteilung kann daher im politischen Palaver systematisch vernebelt werden. Wer etwa mit dem Ideologem, Eigentum darf nicht bestraft werden, politisch reüssieren kann, braucht keine rationalen Argumente. Kürzen und streichen – nur nicht bei den Reichen, lautet dann das politische Verdikt. Ein konstant hoher Empörungspegel gegen neidige Besitzlose und eine künstliche Aufgeregtheit gegen linke Klassenkämpfer fungieren als erfolgversprechende Substitute für rationale Steuerdebatten. Je weniger die Erfolgreichen für die Gesellschaft leisten wollen, desto lauter scheinen sie die alte Weise von den Leistungsträgern und deren drohender Enteignung anzustimmen. Und die unverfrorene Behauptung, dass die geerbten Latifundien ohnedies nichts abwerfen, hat vermutlich bislang auch nur wenige dazu verführt, die ungeliebten Wälder zu verschenken.

Die Apologeten der Reichen sprechen von Neidsteuern, von der Gefährdung des Mittelstandes und von Doppelbesteuerung. Neid ist kein Thema zwischen Arm und Reich, da die soziale Distanz viel zu groß ist. Beneidet wird der Nachbar, aber nicht der Graf vom Wörthersee. Die Neidthese zur Desavouierung der Ärmern mit Gerechtigkeitsempfinden fände zudem erst in ihrer Umkehrung ihr angemessenes Korrektiv: Die Lakaien der Reichen könnten auch neidig auf jene Menschen sein, die ein gesellschaftliches Gerechtigkeitsanliegen haben. Zu Recht mögen sie vermuten, dass so die ominöse Sinnfrage im kurzen endlichen Leben leichter zu beantworten ist, als bei der Verteidigung von Privilegien.

Und der Kalauer von der drohenden Enteignung findet ja sowieso nur bei den Armen und nicht bei den Reichen seine realitätsnahe Entsprechung. So soll es bei der Mindestsicherung einen niedrigen Vermögensfreibetrag. Regressmöglichkeiten bei Verwandten, Verwertung von Autos und Sicherstellungen

im Grundbuch zum Zweck der Ersatzforderung, geben. Trotzdem ist die Mittelschicht solidarisch mit der Oberschicht. Sie verwechsle ihre Interessen mit jenen der Reichen, lautete jüngst ein Deutungsversuch, der das Rätsel hoher Steuern auf Arbeit, aber geringer Steuern auf Vermögen zu erklären suchte. Die Variante vom notwendig falschen Bewusstsein der Mittelschicht überzeugt mich wegen ihres Aufklärungsoptimismus nicht. Aufklärung zu den Behauptungen der Vermögenssteuergegner gibt es hinreichend.

WILLKÜRliche VERGLEICHE

In der Schweiz wurde im November 2010 eine Initiative der Sozialdemokratischen Partei zu einer gerechten Besteuerung von der Bevölkerung abgelehnt. Der Grenzsteuersatz der Einkommenssteuern sollte mindestens 22 Prozent auf den Teil des steuerbaren Einkommens, der 250.000 Franken überstieg, und der Grenzsteuersatz der Vermögenssteuern mindestens fünf Promille auf den Teil des steuerbaren Vermögens, der zwei Millionen Franken jährlich überstieg, betragen. Demnach wäre kein Mittelschichtmensch betroffen gewesen. Die ausführliche Information über die Fakten zur ungleichen Verteilung überzeugte trotzdem zu wenige.

Den Besitzenden gelingt es, die augenscheinlichen Ungerechtigkeiten mit willkürlichen Vergleichen zu relativieren. Den Armen in Österreich gehe es besser als den Hungernden im Sudan und ein Handy hätten sie alle ja auch. In Großbritannien lautet ein beliebter Einwand Konservativer, dass jeder Arbeiter heute sowieso reicher sei als ein britischer Edelmann im Mittelalter. Dies ist selbstentlarvend. Als Vergleich dienen feudalistische Strukturen und implizit wird die klandestin eben doch fortbestehende Klassengesellschaft festgezurr.

Viele verwechseln begrifflich Einkommen und Vermögen. Dies zeigte sich unlängst wieder bei der medialen Diskussion zum Sozialbericht. Doch beim Einkommen schaut die Verteilung ohnehin recht gleich aus, nur beim Vermögen weist sie eine enorme Konzentration auf.

UNSICHTBARE MACHT DER VERMÖGENDEN

Im Vergleich der Anteile der obersten 10% am gesamten Einkommen bzw. Vermögen mit jenen der untersten 10% manifestieren sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und nicht bei einem isolierten Fokus auf die Reichen. Normativ sinnvoll wäre daher eine Mittelschichtsdefinition, die Einkommensbezieher zwischen dem 10. und dem 90. Perzentil erfasst. Dann blieben zwei gesellschaftliche Problemgruppen, die Armen und die Reichen. Reichtum ist nie alleiniges Ergebnis individueller Anstrengungen. Zu den gesellschaftlichen Voraussetzungen individuellen Reichtums zählen Eigentumsrecht und Vertragsfreiheit. Auch kollektive Güter, die von der Gesellschaft erstellt werden und als Grundlage privater Vermögensakkumulation dienen, wie öffentliche Sicherheit, öffentliche Infrastruktur und das Bildungswesen sind hier zu erwähnen. Wenn die Gesellschaft immer schon an der Bildung von privatem Vermögen mitwirkt, dann sind ihre Ansprüche zur Beteiligung an dem aufgebauten und zu vererbenden Vermögen legitim.

Die Vermögenden haben mehr von diesen Gütern und sollten deshalb auch einen größeren Anteil zu ihrer Finanzierung beitragen. Zudem ist die Vermögensmobilität gering. Kinder reicher Eltern bleiben in der Regel reich. Die soziale Flugbahn entscheidet über die Lebenschancen. Für Österreich kann gezeigt werden, dass es für arme Kinder faktisch keine Aufstiegschancen gibt. Rezente Daten aus einer Erhebung der OeNB zeigen, dass Österreich zu den Ländern mit der geringsten Bildungsmobilität zählt. Hat der Vater nur einen Pflichtschulabschluss, so haben die Kinder eine 3 %-ige Chance, ein Universitätsstudium erfolgreich abzuschließen. Sandor Marai sagte es anschaulich: »Zu den Reichen führt für die Armen eben so wenig ein Weg wie von den Toten zu den Lebenden.«

Neben den materiellen Besitzverhältnissen sind stets auch die begleitenden Diskurse für gesellschaftliche Machtanalysen

wichtig. Die ökonomischen Machthaber trumpfen gegenwärtig verstärkt in gesellschaftlichen Belangen, wie Ethik und Philanthropie auf. Viele soziale Vereine sind auf private Spenden angewiesen. Daher scheint die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden eine sinnvolle Anreizsetzung. Doch reiche Spender senken damit ihre Steuerlast und stellen dem Staat für seine Vorhaben weniger an Geld zur Verfügung. Warum sollen aber die Reichen entscheiden, welche Schulen reformiert und welche Spitäler gebaut werden? Wenn Reiche eine bessere Welt wollen, sollten sie mehr Steuern zahlen. Die Verbindung von Eigennutz mit Altruismus hingegen bleibt nur eine selbstdienliche Variante, welche der Staat nicht unterstützen müsste.

Auch Gerechtigkeits- und Gleichheitsargumente wandeln sich historisch. Gleichheit und Gerechtigkeit sind keine für die Linke reservierten Begriffe. Bei der Vermögenssteuer argumentieren ironischerweise die Konservativen mit Gleichheit und die Linken mit Freibeträgen. Egalitarismus wird von Konservativen zwar als Gleichmacherei verteufelt, allein die Idee der Gleichheit wird auch für die konservative Argumentation benötigt. Eine Vermögensteuer sei nicht zu rechtfertigen, weil sie sich nicht gleichmäßig umsetzen lasse. So müssten alle Arten von Vermögen erfasst und realistisch bewertet werden, Aktien und Bankguthaben ebenso wie Immobilien, Lebensversicherungen, Kunst und Schmuck.

Dies sei unmöglich. Und der Kampfbegriff der Reichensteuer erlaubt Konservativen, ein legitimes Gerechtigkeitstreben mit einem pervertierten Gleichheitsargument zu denunzieren. Dies funktioniert so: aufmerksam gemacht wird auf die Ungleichbehandlung eines Teils der Bevölkerung durch den Staat. Nur weil jemand reich sei, werde er vom Staat schlechter behandelt. Diese Position ist so perfid wie sophistisch elegant. Sie präsentiert den ungleichen gesellschaftlichen Status quo als Referenzfolie für die gebotene Gleichbehandlung durch den Staat. Der amerikanische Philosoph Thomas Nagel sprach einprägsam von *Myth of Ownership*. Die unglei-

chen Eigentumsverhältnisse werden gleichsam als naturgegeben betrachtet. Der Slogan *Tax the rich* ist ungeschickt, denn dies erlaubt den Reichen, sich von ihren Lakaien als Opfer eines gierigen Wohlfahrtsstaates stilisieren zu lassen.

500.000 soll der Freibetrag für die Vermögensbesteuerung im GPA-Modell betragen, wobei es sich um jenes Steuermodell handelt, welches den Horizont an vorstellbarer Radikalität in Österreich absteckt. Diese wirtschaftspolitische Freibetragsorientierung sollte Eigennutzen der Mittelschicht mit Gerechtigkeitsanliegen versöhnen. Mit einem Nettovermögen in Höhe dieses Betrages zählt man übrigens weltweit zu dem reichsten ein Prozent. Doch vergeblich, warum sollten Menschen einem »Das betrifft Euch nicht!« vertrauen, wenn sie sonst bei jedem »Kostet nix!« gelegt werden? Auch eine Millionärsteuer wird die Mittelschicht nicht beruhigen. Gerade bei jenen, deren Status sich auf Einkommen und gegebenenfalls auf ein wenig Besitz gründet, dürfte eine große Sensibilität gegenüber Entwicklungen bestehen, die ihren Status bedrohen. Der Gesetzgeber könnte ja später den Freibetrag senken. Wieso sollte einem Staat, der in unverbrüchlicher Loyalität zu seinen Reichen steht, und dem soziale Anliegen bestenfalls ein schmallippiges Bekenntnis entlocken, vertraut werden?

In der Krise standen die riskanten Finanzveranlagungen der Reichen kurz vor ihrer Versenkung. Dass sie eigentlich nicht riskant, sondern vollkaskoversichert waren, erwies sich bei der staatlichen Rettung über Garantien und Interventionen. Die Mittelschicht wurde in Folge zum Sammelbecken aller gesellschaftlichen Ambitionen. Denn der Mittelschichtbegriff funktioniert als Thermometer gesellschaftlicher Entwicklungen. In Zeiten gesellschaftlicher Spannungen steht er hoch im Kurs. Dann versuchen die Reichen sich in einem fiktiven Zentrum der Gesellschaft zu verstecken. Und auch die Ärmern mühen sich, wenn schon nicht materiell, so wenigstens ideell Schritt mit der Mitte der Gesellschaft zu halten. Die Mittelschicht fungiert als gesellschaftliche Norm, eine quasi universelle Schicht, die jedermann zu repräsentie-

ren beansprucht. Realiter markiert die Mitte der Gesellschaft zwar ein unübersichtliches Terrain, ein »Wimmelbild« von Werten, Haltungen und Besitz. Ideologisch ist sie aber klar umrissen. »Der Mittelstand wird ganz schön geschröpft.« (IHS-Chef Felderer) Vereint im Opferstatus können sich Reich und Semi-Reich zum Mittelstand zählen und eine bizarre Solidargemeinschaft bilden, die sich von neidvollen Armen und Asylanten ausgebeutet sieht. Vorstellungen und Ängste sind wirkungsmächtig. Der Millionär mag sich tatsächlich als ausgebeuteter Mittelständler fühlen und nicht nur aus taktischem Kalkül vorgeben, so zu empfinden. Dieses Gefühl der monetären Minderwertigkeit, wem auch immer gegenüber, macht die Reichen zu Brüdern der abstiegsgefährdeten Mittelschicht.

DIE MITTELSCHICHT

Entsprechend einer ökonomisch üblichen Mittelschichtdefinition (75%–125% des Medianeinkommens) wären nicht einmal ein Drittel der Haushalte darin vertreten. Und bei einer Einbeziehung des Vermögens schrumpft die Mittelschicht weiter, denn da gibt es eine Polarisierung zwischen Habenichtsen und Besitzenden. Ab 2012 wird es zum statistischen Thema der Vermögensverteilung für den Euroraum Klarheit geben (www.hfcs.at). Nur das gesellschaftlich Dringendste, nämlich die Machtfrage wird auch nach den statistischen Klärungen zu den privaten Vermögensverhältnissen unbeantwortet bleiben. Wichtig ist, was Vermögende tun könnten. Und was Reichtum bietet, ist nicht nur Kaufkraft, sondern Macht; Georg Simmel spricht von einem »Superadditum«, einem Zusatznutzen.

Vermögenskonzentration bedeutet auch Machtkonzentration. Dies gefährdet den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und den demokratischen Willensbildungsprozess. Längst hat sich aber in die Überzeugungen vieler Menschen eingeschrieben, dass man die Reichen hofieren muss, damit sie ihr Geld hier und nicht woanders lassen. Fast scheint es, als wolle die Politik konsequenterweise einfach Millionäre und Milliardä-

re fragen, was ihnen genehm sei, damit sie nicht auswandern. Doch dass die Superreichen von den Kärntner Seen und den Wiener Nobelbezirken in die Peripherie von Bratislava wegziehen würden, bleibt eine unplausible Hypothese. Die Superreichen in der Schweiz leben am Zürcher, Genfer oder Luganersee. Die kantonalen Unterschiede in der Besteuerung geben keinen hinreichenden Hinweis auf den zu erwartenden Wohnort. Die US-amerikanischen Reichen finden sich am häufigsten in Hawaii, obwohl dort der Spitzeneinkommenssteuersatz am höchsten ist. Die wirtschaftspolitische Angst vor dem Drohbrimborium der Reichen, die ihre Koffer stets gepackt haben, ist vielleicht ein wenig übertrieben.

Vergessen wird auch, dass an dieser Stelle der Argumentation eine Verschiebung von einer deliberativen Auseinandersetzung – ist eine Vermögenssteuer gerechtfertigt? – zu einer Wahrnehmung der Machtverhältnisse – ist eine Vermögenssteuer machbar? – stattgefunden hat. Solche Diskursverschiebungen fallen zumeist rasch auf. Doch der Reiche, der mit seiner Flucht nach Bratislava droht, bekommt kein One-Way-Ticket für den Twin-City-Liner geschenkt, sondern belegt seine Wirtschaftskompetenz.

GESTUS DER UNTERWERFUNG

Meines Erachtens wird eine Debatte zur Vermögenssteuer bei der Erbschaftssteuer gewonnen oder verloren. Keine Steuerdiskussion ist in ähnlicher Weise geeignet, Leidenschaften zu wecken wie jene um die Erbschaftssteuer. Passionen sollten nicht mit einem technokratischen Freibetragsopportunisten gemieden, sondern in Auseinandersetzungen zur sozialen Gerechtigkeit genutzt werden.

Die Gerechtigkeitsdimension ist jedenfalls jene der sozialen Gerechtigkeit und nicht nur die der Steuergerechtigkeit. Fairness für jene, die es sich leisten können, und vielleicht noch für jene, die es verdienen, wäre nur eine Schrumpfversion von sozialer Gerechtigkeit. Dass wenige so viel haben und viele so wenig, ist das gesellschaftliche Skandalon und nicht,


dass manche, die es sich leisten können, ein wenig mehr an Lohnsteuer zahlen. August Bebel hatte Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die Erbschaftssteuer als Anstandssteuer bezeichnet. Die Argumentation von Bebel bezog sich auf eine gerechte Verteilung der Steuerlasten. Wer Besitz hat, für den hat der Staat am meisten zu sorgen, und da die Kosten zum Schutz des Eigentums der Besitzenden steigen, sollen die Vermögenden auch vermehrt beitragen.

Mehr Gleichheit schärft in der Gesellschaft das Ungleichheitsbewusstsein. Doch mehr Ungleichheit scheint es einzuschläfern. Als Ersatz für gesellschaftliches Engagement dient dann die Hoffnung auf gute Reiche, die bösen Reichen entgegenzutreten. Aber im Arkanum der Reichen ist keine höhere Weisheit am Wirken, sondern nur eine effektivere Interessensverfolgung. Ein Beispiel: Da wird ostentativ Solidarität der Einflussreichen beim Verdacht von Insidergeschäften demonstriert. Wie ein offener Brief armer Menschen zur Unterstützung von bestimmten Anliegen der Armen wirken würde, ist unschwer vorstellbar: peinlich und ohnmächtig. Bei den Reichen ist die Wirkung umgekehrt: mächtig und drohend. Dies bestätigt das mediale Schweigen auf das Nolimetangere der Einflussreichen.

Die beunruhigende gesellschaftliche Dimension ist der Gestus der Unterwerfung, der allorten sichtbar wird. Die Huldigung der Reichen durch Journalisten und Politiker scheint weder zu befremden noch zu beschämen. Journalisten greifen das Thema der ungerechten Verteilung bestenfalls im Helikopter auf. Sie landen kurz, wirbeln ein wenig Staub auf und sind bereits zum nächsten Thema unterwegs. Ökonomen haben beruflich wenig mit Menschen außerhalb ihres Feldes zu tun. Dies unterscheidet sie etwa von Ärzten und Rechtsanwälten und erschwert es ihnen, in der Themensetzung parteiisch zu sein; d. h. sich der Anliegen der sozial Schwächeren anzunehmen. Und die Politik begenügt sich, den gelegentlichen Obolus des Reichen zu akklamieren. Bestenfalls imaginiert sie noch einen anständigen Kaufmann, der den ruchlo-

sen Spekulanten ersetzen soll. Wer den politischen Beruf als Praktikum für einen gut dotierten Posten in der Privatwirtschaft missversteht, versteht viel vom kapitalistischen Spiel.

Es ist nett, wenn steuerpolitische Ideen mit hohen Freibeträgen niemand weh tun sollen, aber bei sozialen Gerechtigkeitsfragen geht es nun mal nicht um ein Gemeinschaftsgut. Ein analytischer Blick der nicht ruhelos zwischen Mittelschicht und Reichen changiert, sondern konsequent Reich und Arm relationiert und damit die Machtverhältnisse Gesellschaft auslotet, wäre gefragt. Um es noch konkreter zu machen. Solange im Budget das Geld für die psychosoziale Betreuung traumatisierter Kinder aus armen Familien fehlt, so lange sind die Ungerechtigkeitsstopoi der Mittelschicht zu einer Vermögenssteuer (welche Höhe soll ein Freibetrag haben) und der Reichen (eine ungleiche Erfassung der Vermögensarten ist ungerecht) nur frivol.

Der soziale Raum sollte wenigstens im sozialwissenschaftlichen Diskurs nicht auf graduelle Ungleichheiten zwischen Reichen und Mittelschicht eingeengt werden. Im Roten Wien wusste man dereinst noch, das besteuerte Rennpferd und der soziale Wohnbau zusammen gehören. Der Diskurs muss auf die soziale Welt zielen und solange es da Auseinandersetzungen gibt, besteht Hoffnung, dass die Reichen nicht reicher und die Armen nicht ärmer werden. Diese Hoffnung hat aber nur wenig mit Brechts Gewissheit zu tun: »Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine. Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.« 

MARTIN SCHÜRZ
arbeitet als Ökonom in Wien.

(Warum) Muss der Generalstabschef gehen?

Sehr geehrter Herr General!
Lieber Freund!

Du wirst in diesen Tagen eine Reihe von Sympathiebekundungen erhalten haben. Das ist nicht das primäre Anliegen dieses Schreibens, wenn ich auch sagen möchte, dass auch ich Dir und Deiner Arbeit mit Sympathie gegenüber gestanden bin und stehe.

Ich habe die Entscheidung von Minister Darabos, Dich von der Funktion des Generalstabschefs abuberufen zum Anlass genommen, mir über die Frage der Angemessenheit des Vorgehens im konkreten Fall und abstrakt in einem vergleichbaren Fall Gedanken zu machen. Immerhin war auch ich einige Jahre Minister und habe mich daher auch gefragt, wie ich reagiert hätte.

Als erstes fällt mir die Demontage des letzten Generals der Gendarmerie, Oskar Strohmaier, ein. Dort hatte der Ressortchef bereits entschieden, Gendarmerie und Polizei zusammen zu legen und der Gendarmeriegeneral hatte öffentlich seine Sorge artikuliert, dass damit die Effizienz und Leistungsfähigkeit der Gendarmerie infrage gestellt werde. Die Folge war, dass er zunächst zur Flugpolizei zugeteilt wurde, dass dann die Gruppen Bundesgendarmerie und Bundespolizei aufgelöst und zu einer neuen Einheit zusammen gefasst wurden und dass dann Strohmaier pensioniert wurde. Damals gab es heftige Proteste bis hin zu einer beachtlichen Solidaritätsdemonstration vor dem Innenministerium. Die Vorgangsweise von Minister Darabos ist so gesehen nicht ganz neu, wenn auch nicht ganz gleich.

Gleich ist, dass in beiden Fällen ein Spitzenbeamter und General seine Sorge darüber artikuliert hat, dass eine von der

politischen Spitze des jeweiligen Hauses geplante Maßnahme die Funktionsfähigkeit des jeweiligen Korps infrage zu stellen geeignet sei. Das haben offenbar beide Minister – hie Strasser, da Darabos – nicht geschätzt und mit der »Abberufung« reagiert.

Nun bleibt in Deinem Falle noch die Frage offen, ob Du denn Gelegenheit hattest oder gehabt hättest, Deinem Minister deutlich zu sagen, welche Bedenken Du gegen das Ende der Wehrpflicht hast oder ob es schwierig war, einen Gesprächstermin beim Minister zu bekommen. Das ist ein wesentlicher Punkt.

Wenn Du direkt und ohne den Versuch, den Minister auf Deine Bedenken aufmerksam zu machen, bereit gewesen wärest, Deine Kritik in einer Zeitschrift zu artikulieren, dann wäre die Reaktion des Ministers noch eher nachvollziehbar, wenn auch besonders heftig. Hier könnte lediglich vermutet werden, dass ein Minister, der wegen einer grundlegenden Entscheidung – die er vielleicht auch nur unter Druck der Partei und der Kronzeitung gegen eigene Überzeugung treffen musste – schon heftig in der Kritik von Feind und Freund steht, keine Nerven mehr für öffentlich vorgetragene Kritik der eigenen – engsten? – Mitarbeiter hatte. Bloß: War er denn überhaupt bereit, Kritik aus dem Kreis der Experten zu hören und ernst zu nehmen? Und hat er seinen obersten Beamten, den Generalstabschef, als seinen engsten Mitarbeiter gesehen und eingesetzt oder war ihm dieser Ratgeber nicht primär lästig?

Eines muss jedenfalls klar sein: Beamte sind nicht zuletzt deshalb immer noch pragmatisiert, weil sie sich nicht scheuen dürfen, ihre Meinung zu sagen, ihre Expertise darzulegen und in den Entscheidungsprozess einzubringen. Dieser Schutz

rechtfertigt auch die Forderung, dass sie sich trauen, ihre Sicht der Dinge vor zu tragen, auch wenn sie nicht mit Absicht der Ressortspitze übereinstimmen. Ich halte das nicht bloß für ein Recht der Spitzenbeamten, sondern für deren Pflicht. Unabhängig davon, ob sie dem jeweiligen politischen Entscheidungsträger nahe stehen oder nicht, ist das ihre Loyalitätspflicht: Den Ressortchef nicht gegen die Wand rennen zu lassen, wenn sie ein Hindernis erkennen.

Wie hätte nun ich entschieden, wäre ich an der Stelle des Ministers gewesen? Nun, ich war auch in einer Situation, in der ich versucht war, aus einem augenblicklichen Zorn heraus, den Stab über einen Partner, den ich sonst geschätzt habe, zu brechen, nachdem er mir in den Medien in den Rücken gefallen war. Bloß hatte ich damals zwei großartige Sekretärinnen, die meinen Zorn und meine Absicht wahrnahmen und sich mir in den Weg stellten und anregten, dass ich mit dem Betroffenen reden und ihn zur Rede stellen sollte. Und ich habe mich darauf eingelassen. Und es war gut so. Alles konnte aufgeklärt und die Freundschaft erhalten werden. Es war freilich kein Beamter meines Ministeriums, sondern ein Abgeordneter meiner Partei.

Ich enthalte mich hier bewusst zur Frage der Wehrpflicht. Das ist in der Tat eine komplexe Fragestellung, zu der mehr zu sagen wäre. Zur Frage (warum) muss der Generalstabschef gehen kann ich nur sagen: In meinen Augen hat er seine Pflicht getan.

Mit freundschaftlichen Grüßen

CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.



ADAM UND EVA (MEXIKO)
Leihgabe Museum der Kulturen Basel
© Tropenmuseum Amsterdam



ROOD

TROPENMUSEUM
AMSTERDAM

Bis zum 8. Mai 2011

Tropenmuseum

Linnaeusstraat 2

1092 CK – Amsterdam

► www.tropenmuseum.nl

Macht und Ermächtigung

Gesellschaft ist ein Begriff, der keine festen Grenzen mehr besitzt. Er wird zunehmend durch den Begriff Netzwerk ersetzt und erhält dadurch auch eine neue Bedeutung. Insbesondere durch den Gebrauch der Social Media¹, die eben Social Networks darstellen. Dabei sind aber auch die Eliten zu berücksichtigen, die dahinter stehen. Eine Interpretation der Social Media anhand der Gesellschaftsbegriffe von Theodor W. Adorno und Peter Drucker von Thomas Königshofer

Um die terminologische Relevanz von Gesellschaft als Begriff und die momentane Substituierung durch den Begriff Netzwerk mit all ihren Konsequenzen denken zu können, muss man sich zuerst einmal kursorisch einen Überblick zu unterschiedlichen Gesellschaftsbegriffen verschaffen und beispielhaft vor Augen führen, wie Gesellschaft in unterschiedlichen Zeiten und nach unterschiedlichem Hintergrund definiert wurde. Denn »Gesellschaft« als Begriff ist diffus geworden. Das Wort hat für den Einzelnen seine Bedeutung verloren. Zwar ist er sich bewusst, dass er – nach Aussage anderer – einer Gesellschaft angehört. Von der Person selbst wird jedoch in erster Linie das Umfeld wahrgenommen, in dem er interagiert: sein soziales Netzwerk.

Während Adam Smith noch eine optimale und ausgeglichene Gesellschaft für möglich hielt, in der das Streben des einzelnen Individuums nach Glück das allgemeine Glück maximiert und er so der »unsichtbaren Hand« des Marktes buchstäblich »freie Hand« ließ, ist bei Karl Marx der Gesellschaftsbegriff vor allem mit einer historischen Entwicklung verbunden, die Instabilität und Ungleichgewicht reproduziert: von der archaischen Urgesellschaft mit Gemeineigentum und sozialer Homogenität differenziert sich Gesellschaft über die Sklavenhaltergesellschaft und den Feudalismus zu einer auf Privateigentum basierenden sozialheterogenen Gemeinschaft aus: dem Kapitalismus. Diesem wirken als weitere Entwicklungsstufe die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsform auf dem Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft entgegen, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln

aufgehoben wird bzw. ist. Dabei begriff schon Marx den Menschen netzwerkartig als »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse«.

Emile Durkheim begriff dann Gesellschaft als eine Struktur, deren Ergebnis ein Mehr als die Summe der Vorstellung der beteiligten Akteure ist. In seiner Beschreibung des Emergenzphänomens existiert Gesellschaft als Struktur, die unabhängig von jenen ist, die sie geschaffen haben. Wobei wesentlich ist, dass diese Struktur von oben und korrigierend auf das Verhalten des Einzelnen einwirkt. Auch bei Max Weber stellt sich Gesellschaft bereits in der Art eines Netzwerks von Individuen dar, das sich durch soziale Beziehungen zwischen diesen Individuen realisiert. Dabei sind diese sozialen Beziehungen in Wirtschaft und Gesellschaft durch soziales Handeln definiert und gewichtet.

Bei Talcott Parsons und Niklas Luhmann findet sich dann ein verallgemeinerter Begriff der »Weltgesellschaft«, wobei sie diesen unabhängig voneinander aus ihren Interpretationen einer aristotelischen Gesellschaftsform entwickelten. Parsons arbeitete dabei noch intensiv mit den Begriffen Territorialität und Nationalstaat, während Luhmann bestehende Gesellschaftsbegriffe als letztlich umfassende Sozialsysteme interpretierte, deren Konsequenz in der Gegenwart nur als Weltgesellschaft realisiert werden könne.

DRUCKER VS. ADORNO

Peter Druckers Gesellschaftsbegriff ist ein zweigeteilter. Die Basis ist die freie Gesellschaft, die eine regulierende Wirkung

1 In diesem Artikel wird für Online-Plattformen wie Facebook, Twitter oder MySpace die Bezeichnung »Social Media« gewählt, weil a.) die Plattformen in der Form von Medien verstanden werden, b.) »Social Networks« auch im realen Leben existieren und c.) der Begriff »Online Networks« relativ inhaltsleer ist.

2 PETER DRUCKER, 2001, *Was ist Management?* Das Beste aus 50 Jahren, S.355

3 THEODOR W. ADORNO, 1956, *Dissonanzen*. Musik in der verwalteten Welt. S.22

4 ebda. S.35

auf die sozialen Umstände der Menschen ausübt und der alle Bestrebungen unterzuordnen sind. Drucker verlangt von allen Organisationen (kommunale Einrichtungen, Unternehmen, NGOs, Kirchen) ihre Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen. Der Einzelne wiederum ist innerhalb einer Organisation nur eine Kostenstelle. Den Gewinn – materiell oder immateriell – erbringt die Organisation. Dabei besteht diese Gesellschaft wiederum aus diesen Einzelnen, die in unterschiedlichen Formen organisiert sind. Sie sind prinzipiell gleichgestellt, unterscheiden sich jedoch in Status, sozialer Anerkennung, Einkommens- und Einflussmöglichkeiten sowie den Organisationen, denen sie angehören.

Aus diesem Basisbegriff wandte er sich später der Zukunft der Wissensgesellschaft zu, in der der Wissensarbeiter den Industriearbeiter ablöst, dessen Platz mittlerweile die Technologie eingenommen hat. »Die Wissensarbeiter werden in der Wissensgesellschaft nicht die Mehrheit stellen. Doch in vielen Ländern, zumindest in den meisten entwickelten Ländern, werden sie die größte Einzelgruppe in der Bevölkerung und unter den Beschäftigten sein. Und selbst wenn sie zahlenmäßig von anderen Gruppen übertroffen werden, werden die Wissensarbeiter den Charakter und das soziale Profil der entstehenden Wissensgesellschaft prägen. Und sie werden die Führungsgruppe in dieser Gesellschaft stellen.«²

Die Gesellschaftstheorie von Theodor W. Adorno hingegen geht von einer Dominanz der gesellschaftlichen Strukturen über das individuelle Handeln aus. Als Anhänger von Karl Marx und dem historischen Materialismus ist es Adorno in seiner Kritik der kapitalistischen Gesellschaft letztlich um die Freiheit des Einzelnen zu tun. Gleichzeitig wirft er der Gesellschaft vor, über das Individuum geordnet bzw. gestellt zu sein: »Mit Gesellschaft im prägnanten Sinn meint man eine Art Gefüge zwischen Menschen, in dem alles und alle von allen abhängen; in dem das Ganze sich erhält nur durch die Einheit der von sämtlichen Mitgliedern erfüllten Funktionen und in dem jedem Einzelnen grundsätzlich eine solche Funktion

zufällt, während zugleich jeder Einzelne durch seine Zugehörigkeit zu dem totalen Gefüge in weitem Maße bestimmt.«³ Drucker und Adorno stehen einander – wenig überraschend – mit ihren Einschätzungen diametral gegenüber.

DIE TECHNOLOGISCHE GESELLSCHAFT

»Heute gibt es immer mehr Gesellschaft!«, schreibt Adorno 1956. Diese Vergesellschaftung hat nach seiner Sichtweise zwei Aspekte: Der quantitative Aspekt besteht darin, dass immer mehr Menschen in den kapitalistischen Funktionszusammenhang hineingerissen werden, also sich die kapitalistische Produktionsweise global gesehen immer mehr ausdehnt – eine Beschreibung, die später Globalisierung genannt wurde. Die moderne Technologie im Verkehr und die technologisch vermittelte Dezentralisierung der Industrie führe dazu, dass der letzte Winkel des Globus durchkapitalisiert werde. Informations- und Kommunikationstechnologien (Adorno sprach von Telefon, Radio und dem gerade aufkommenden Fernsehen) sowie moderne Transportmethoden ermöglichen eine Delokalisierung sozialer Beziehungen: Es wird immer unbedeutender, wo auf der Welt sich jemand befindet, um konkrete Arbeitsschritte durchzuführen.

Der quantitative Aspekt besteht für Adorno in dem Zusammenhang, dass durch das »Netz der sozialen Kontrolle« immer mehr Gesellschaft entsteht. Dadurch kommt es aber auch zu einer immer stärkeren Einschränkung des Selbst des Einzelnen: »Zum anderen gibt es auch insofern immer mehr Gesellschaft, als das Netz der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen immer enger gesponnen wird. In jedem Einzelnen wird immer weniger Unerfaßtes, von der sozialen Kontrolle Unabhängiges geduldet, und es ist fraglich, wie weit es sich überhaupt noch zu bilden vermag.«⁴

Dreizehn Jahre später beschreibt er gemeinsam mit Max Horkheimer die Probleme der Kulturindustrie, in der laut Adorno die Menschen ohnmächtig gehalten werden: »Der Zuschauer soll keiner eigener Gedanken bedürfen: das Pro-

5 THEODOR W. ADORNO / MAX HORCKHEIMER, 1969, *Dialektik der Aufklärung*, Philosophie Fragmente. S. 145

dukt zeichnet jede Reaktion vor. Jede logische Verbindung, die geistigen Atem voraussetzt, wird peinlich vermieden.«⁵

Wenn man die aktuelle Diskussion über Social Media verfolgt, wird man auf derartige Argumente immer wieder stoßen. Social Media sind wegen der Erfassung der Daten bedenklich, die Inhalte sind in ihrer Länge begrenzt, sofern nicht ein Link zu einer weiteren Seite integriert wurde, Social Media sind global kapitalisiert und Social Media dienen der Unterhaltung der Menschen, die zwar denken, dass sie denken, aber in Wahrheit gedacht werden, weil sie sich nicht mit den wirklichen Problemen der Welt auseinandersetzen.

ELITEN

Wer sind Eliten? Was sind Eliten? Eliten können auf mehrfache Art be- und umschrieben werden. Prinzipiell versteht man unter Eliten Netzwerke, die innerhalb eines Bereichs einen großen Einfluss auszuüben vermögen. Innerhalb einer Gesellschaft ist eine Elite ein Netzwerk, das in gesellschaftlich relevanten Bereichen großen Einfluss ausübt. Dieser Einfluss wird den Mitgliedern dieses Netzwerks zugestanden, weil deren bisherige Leistungen für die Gesellschaft und/oder den speziellen Bereich besonderer Leistungen, Leistungssteigerungen und richtige Entscheidungen erwarten lässt. Dieses Recht auf Einflussnahme kann jedoch aufgrund besonderer Verfügbarkeit von Ressourcen und dem auf Eigentum begründeten Verteilungsrecht zugeteilt werden, was den gesamten Finanzsektor und deren Manager bzw. Eigentümer in die Eliten erhebt.

Das Vertrauen ist groß in die Welt der Social Media. Seit 1.1.2011 ist Facebook durch den Verkauf von einem Prozent der Firmenanteile für 500 Millionen US-Dollar an Goldman Sachs und »Digital Sky Technologies« stolze 50 Milliarden US-Dollar wert. Durch diese Wertsteigerung hat der deutsche *Venture Capitalist* Peter Thiele, der auch schon den Online-Bezahldienst Paypal mit einer *Seed*-Finanzierung ausgestattet und damit sehr gut verdient hat, relativ viel Geld gemacht. Manche sprechen sogar vom ultimativen Internet-Investment.

Peter Thiele stieg bereits in der ersten Investment-Runde mit 500.000 US-Dollar bei Facebook ein, wofür er 10,2 Prozent des Unternehmens erwarb. Einige Prozente verkaufte er im Laufe der Zeit wieder, um seine anderen Geschäfte zu finanzieren. Über seinen *Founders Fund* (Gründerfonds) stieg er allerdings nochmals bei der Social Media-Plattform mit knappen 50 Millionen US-Dollar ein, als der Erfolg der Plattform durch ihr enormes Wachstum absehbar war. Heute besitzt Peter Thiele neben einem Sitz im *Board* drei Prozent des Unternehmens. Diese drei Prozent sind mit Anfang 2011 immerhin 1,5 Milliarden US-Dollar wert. Wohlgemerkt – bei einem Investment von 50 Millionen Dollar.

Doch irgendwann wollen sie die Wertsteigerung auch monetarisieren, idealerweise über einen Börsengang. Man kann sich vorstellen, dass eine konservative Investmentbank wie Goldman Sachs, die immerhin Griechenland bei den Vorbereitungen zum Beitritt zur Euro-Zone beraten hat, nicht leichtfertig 450 Millionen Dollar ausgibt. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Investoren wie Yuri Millner, ein russischen Investor, der in Russland mit seinem Unternehmen »Digital Sky Technologies« die erfolgreiche Social Media-Plattform »Vkontakte« betreibt, die nicht nur am *Return on Investment* interessiert ist, sondern noch zusätzlich an der Entwicklung der Technik und dem technischen Know-how partizipieren will. Denn dieses technische Know-how ist in dieser Form in Russland nicht zu finden, für ihn jedoch relativ einfach aus dem Silicon Valley zu generieren.

Und er wird nicht umsonst als die treibende Kraft hinter dem Neujahrsdeal mit Facebook angesehen. Ingeheim ist zu vermuten, dass er Goldman Sachs ins Boot geholt hat, auch um im Facebook-Vorstand ein besseres Standing zu haben. Er hat Facebook nicht nur in die Champions League der Social Media gebracht – dort waren sie ohne ihn schon –, sondern in die Champions League der Internet-Giganten. Die Konkurrenten heißen jetzt nicht mehr Twitter oder MySpace, sondern Yahoo! und vor allem Google.

EIN ERSTER VERGLEICH

Adornos Begriffe helfen heute, eine der möglichen Sichtweisen auf Social Media zu interpretieren. So weist »moderne Technologie« auf die ständige Weiterentwicklung der Plattformen und technischen Mittel, die Adorno selbst als kritisch betrachtet. Vergleicht man Social Media und auch deren Nutzung über Smartphones, unterstützen sie alle Vorgänge, die Adorno einer kapitalistischen Gesellschaft vorwirft. Und gleichzeitig liegt das Wissen um und die Weiterentwicklung von Technik im Sinne von Investoren, die dieses Wissen für andere Projekte nutzen wollen.

Mit dem Begriff der »Delokalisierung sozialer Beziehungen« stellt sich quasi die Frage »Huhn oder Ei«, denn: Bedingen soziale Umstände wie Familie oder Beruf eine Delokalisierung, die durch Social Media gelindert wird, oder sind es die technischen Möglichkeiten, die eine Delokalisierung als weniger schwerwiegend scheinen lassen? Diese Frage stellt sich für User sicherlich. Und jeder wird es nach eigenem Geschmack und Erfahrungen beantworten. Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass die Investoren aller Social Networks von fast allen Kontinenten stammen – Adornos durchkapitalisierter Globus.

Weniger unklar in seinen Konsequenzen ist der Begriff »Netz der sozialen Kontrolle«. Unabhängig von der von Durkheim beschriebenen Kontrollfunktion der Gesellschaft, ist die soziale Kontrolle im sozialen Netz – den Social Media – evident. Nicht nur, dass die Plattformen selbst ihre User kontrollieren und dies auch im Sinne der User tun, gibt es auch eine Selbstkontrolle unter den Usern selbst.

DRUCKER UND DIE WISSENSGESELLSCHAFT

Peter Drucker beschreibt den Wissensarbeiter als jemand, der Wissen managt. Das soll heißen: Es sollen aufgrund bestehender Daten, Erfahrungen, entwickelter Prozessabläufe, erreichter Marktanteile, erzielter Umsätze, Umsätze pro Mitarbeiter, Return on Investment und erzielter bzw. erzielter Skaleneffekte neue Möglichkeiten für die Organisation – das

Unternehmen – entdeckt, entwickelt, gestaltet und realisiert werden. Vor allem aber zeichnet den Wissensarbeiter aus, dass er seinen Zugang zur Arbeit und zur sozialen Stellung durch die formale Bildung findet.

»Dies hat zunächst zur Folge, dass die Bildung in der Wissensgesellschaft eine zentrale Funktion übernehmen und dass die Schule zur wichtigsten Institution dieser Gesellschaft aufsteigen wird. Welches Wissen muss allen vermittelt werden? Welche Wissensmischung benötigen alle? Was ist »Qualität« in der Lehre? All diese Fragen werden in der Wissensgesellschaft zwangsläufig höchsten Stellenwert erlangen und in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken.« Kaum jemand, der die aktuellen Diskussionen um die Bildungs- als auch um die Arbeitsmarktpolitik verfolgt hat, wird dieser Prognose widersprechen.

Interessant ist, dass – wenn man das oben angeführte Zitat von Peter Drucker genauer ansieht – sich die politische Debatte also in letzter Konsequenz um ca. 30 Prozent der Bevölkerung drehen soll. Was wären die Folgen davon? Soziale Differenzierung, Ghettobildungen zwischen den sozialen Schichten sowohl räumlich als auch in Bezug auf die Bildung.

Wissen für sich allein genommen ist Selbstzweck. Wissen ist nutzlos, wenn es nicht eingesetzt werden kann – es sei denn, es dient der persönlichen Unterhaltung (wie Spiele, nebensächliche Aussagen, u. ä. m.). Nicht der Besitz von Wissen ist ausschlaggebend, sondern die Fähigkeit Wissen aus unterschiedlichen Bereichen zu kombinieren und zu interpretieren. Dazu bedarf es jedoch primär der Verständnissfähigkeit von bereits verfügbarem Wissen sowie ein Verständnis für die jeweiligen Bereiche, in denen weiteres Wissen integriert bzw. geschaffen werden kann. Wissen muss in der Lage sein zu interagieren.

Desweiteren bedeutet Wissen auch veraltetes Wissen ablegen zu können und als Inhaber und Nutzer (User) des

Wissens auf den neuesten Stand zu kommen. Der Besitz von veraltetem Wissen wird – gesellschaftlich – als Unwissenheit angesehen.

Der wichtigste Grund für Wissensaneignung ist für Drucker die Innovation. Drucker stellt fest, dass – im ökonomischen Bereich – Innovation nur in kleinen Schritten erfolgen kann, um erfolgreich zu sein. Gleichzeitig ist Innovation notwendig, um neue Produkte zu kreieren, die eine Verteidigung der eigenen Marktanteile ebenso ermöglichen wie das Aneignen von Skaleneffekten.

Übertragen auf Social Media bedeutet das: Es wird ständig die neueste Technik verwendet, die nun zwangsläufig zu Lerneffekten führt, sowohl für die User als auch für das jeweilige Unternehmen selbst. Dabei greifen diese Lernprozesse aber auf ein größeres Netzwerk über, weil diese Innovationen nicht alle in den Unternehmen entwickelt, sondern oftmals von anderen Unternehmen lizenziert oder gekauft werden. Oder es werden diese kleineren Unternehmen aufgekauft und die technologischen Lösungen in die eigene Plattform integriert bzw. implementiert. Der User selbst hat sich – fremdbestimmt – mit den Neuerungen auf der Plattform auseinanderzusetzen, wenn er sie weiterhin optimal nutzen will.

EIN ZWEITER VERGLEICH

Die Begriffsbildung bei Drucker ist nicht so eindeutig wie bei Adorno. Das liegt daran, dass Peter Drucker sich nicht als Begriffsbildender und Kritiker verstand, sondern vielmehr Managementberater und –lehrer war. Aber aus seinen Formulierungen lassen sich einige Begriffe ableiten, die für diesen Fall sehr wichtig sind.

»Bildung« ist der Kernbegriff für die Entwicklung der Wissensgesellschaft bei Drucker. Diese Bildung muss zu Wissen führen. Für die Social Media heißt das, die User müssen in der Lage sein, das für sie bereitgestellte Tool verstehen zu können. Ebenso müssen sie in der Lage sein, Content herzu-

stellen und/oder zu finden. Viel wichtiger jedoch noch als das, ist der Umstand der Netzworkebildung. Facebook selbst war jahrelang nur für Studenten von amerikanischen Universitäten zugelassen. Aus dieser Situation lassen sich Netzwerke von künftigen Wissensarbeitern – Druckers künftiger Elite – ablesen, die über das nötige Einkommen verfügen, um als Werbeadressaten interessant zu sein.

»Welches Wissen für alle« stellt einen doppelt selektiven Begriff vor. Denn zuerst einmal wird selektiert, welches Wissen prinzipiell vermittelt wird, weiters wird damit impliziert, dass ein Wissen ausgewählt wird, das auch den 70 Prozent der Bevölkerung zugemutet werden kann, die nicht zur Führungsgruppe der Bevölkerung gehören. Durch diese Selektion entsteht wiederum ein doppelter Wettbewerb: einerseits um die Plätze auf den Universitäten, andererseits die Leistbarkeit der Ausbildung auch für nicht begüterte Familien.

Auch der Begriff der »Qualität der Lehre« ist essentiell in diesem Zusammenhang, obwohl er im Wesentlichen nur eine Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den einzelnen die Gesellschaft bildenden Individuen darstellt. Denn diese Qualität der Lehre bestimmt auch die Qualität der späteren Führungsrolle. Wobei in diesem Fall weniger das erworbene Wissen ausschlaggebend ist als das erworbene Netzwerk. Dass Drucker sein Kernthema mit dem Begriff »Mittelpunkt der politischen Debatte« unterstreicht, verweist auf dieselbe Problematik wie Adornos Begriff vom »Netz sozialer Kontrolle«. Allerdings anders interpretiert. Denn: Die Organisation hat sich in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Die logische Konsequenz daraus ist, dass Informationen der Administration dieser Gesellschaft (auch: Polizei, FBI, etc.) zur Verfügung gestellt werden müssen.

NETZWERKANALYSE

Der Begriff der Gesellschaft ist in den letzten Jahren mehr und mehr durch den Begriff des Netzwerks ersetzt worden. Zwar wird nach wie vor von der westlichen, der europäischen oder

6 CLYDE MITCHELL, 1969, *Social Networks in Urban Situations: Analysis of Personal Relationships in Central African Towns*

der amerikanischen Gesellschaft gesprochen, die Territorien, denen eine Gesellschaft zugestanden wird, werden jedoch immer größer. Dies entspricht durchaus der Theorie Adornos als auch dem Prinzip der Globalisierung. Gleichzeitig bedurfte es aber eines Begriffes, der die Systeme der kleineren Territorien bzw. kleineren Gesellschaften umfassen und definieren konnte. »Mit Hilfe der Netzwerkanalyse kann die soziale Organisation einer Gruppe als Ganzes und die soziale Einbettung von Akteuren im Einzelnen präzise erfasst und beschrieben werden.« (Schnegg/Lang, 2001).

Dabei unterscheidet die Netzwerkanalyse zwischen Gesamtnetzwerken und persönlichen Netzwerken. Um diese beschreiben zu können, nutzt die Netzwerkanalyse vor allem drei Instrumente: die Matrix, den Graph und die Liste. Dabei werden Matrix und Graphen vor allem für die Beschreibung von Gesamtnetzwerken, die Liste vor allem für die Beschreibung persönlicher Netzwerke herangezogen. Das Praktische an der Betrachtung von Netzwerken ist der Umstand, dass die Organisationsform des Netzwerkes zuerst einmal als weitgehend hierarchiefreier und kommunikativer Raum horizontaler Verknüpfungen betrachtet wird. Dabei wird ein Netzwerk als System interagierender Individuen betrachtet, deren gemeinsames Ergebnis größer ist als die Summe der einzelnen Individuen. Das bedeutet, dass man gemeinsam komplexe Lösungen für komplexe Probleme findet. Diese Netzwerkbildung hat zahlreiche positive Auswirkungen:

1. Effektivität und Effizienz wird gesteigert.
2. Qualität wird gesichert.
3. Die Vernetzung zielt auf Synergie.

Allerdings kann der Netzwerkbegriff nicht nur als Organisations-Kategorie verstanden, sondern auch als analytische Kategorie aufgefasst werden. Der Begründer der modernen Netzwerkanalyse, Clyde Mitchell, zeichnet es als »spezifisches Set von Verbindungen zwischen einer definierten Gruppe von Personen, mit dem zusätzlichen Wert, dass die Charakteristika dieser Verbindungen als ein Ganzes dazu genutzt wer-

den können, das soziale Verhalten der involvierten Personen zu interpretieren.«⁶

Wichtig ist es für die Analyse, die jeweiligen Beziehungen zu gewichten. Denn der Unterschied zwischen starken und schwachen Beziehungen ist für die Erkenntnis – und auch für den Nutzen dieses Wissens – ebenso wichtig wie die »Multiplizität« von Beziehungen und das Entstehen von »sozialem Kapital«.

DER SOCIAL GRAPH

Es gibt verschiedenste Arten von sozialem Kapital, z.B. Ansehen, Einfluss, Prominenz, u.a.m. Um dieses Kapital zu erfassen und in reales Geld umzuwandeln nutzen Internetunternehmen den Social Graph. Dieser Social Graph stellt ganz einfach die Muster der sozialen Beziehungen zwischen Menschen dar. Seine Idee verweist auf die für die Social Media sehr wichtige Theorie des »Small World Phänomen« (Kleine Welt-Phänomen) von Stanley Milgram bzw. dessen Fortsetzung »Six Degrees of Separation« von Duncan Watts. Die sehr populäre These des Harvard-Professors Milgram besteht darin, dass jeder Mensch mit jedem anderen Menschen auf dieser Welt über sechs Ecken (*six degrees*) bekannt ist. Gemäß seines 1967 durchgeführten Experimentes sind es exakt 5,5 Stationen, gerundet also sechs.

Der Sozialologe Duncan Watts untersuchte in einer Computersimulation, ob es gelänge, sechs Millionen Punkte, die die Weltbevölkerung repräsentierten, so miteinander zu verbinden, dass man von jedem beliebigen Punkt aus über höchstens sechs Stationen zu jedem anderen Punkt kommen konnte. Und 2008 untersuchten die Microsoft-Wissenschaftler Jure Leskovec und Eric Horvitz 30 Milliarden Chat-Protokolle von 240 Millionen Usern des MSN Messengers. Dabei entdeckten sie, dass der durchschnittliche Weg zwischen zwei Personen über 6,6 Stationen führt. Abgesehen davon, dass die These Milgrams als sehr zuverlässig angesehen werden kann durch die Forschungsergebnisse der anderen Untersuchungen, stellt

sich jedoch eine ganz andere Frage: Was bedeutet der Umstand, dass 1967 durchschnittlich 5,5 Knoten benötigt wurden, während 2008 bereits 6,6 Knoten benötigt wurden? Dies ist immerhin eine Steigerung von 20 Prozent in 41 Jahren. Warum benötigen die Menschen mehr Stationen, obwohl es mehr Kommunikationsmittel, technologische Genauigkeit und Reichweite gibt? Ein Grund könnte in den kleineren Gruppen von Milgram liegen. Eine weitere Begründung im sehr engen Rahmen der US-Städte, in denen Milgram agierte. Ein weiterer Grund könnte das Ansteigen der Weltbevölkerung sein. Ein weiterer Grund könnte jedoch auch eine stärkere Selektion des eigenen Netzwerks sein.

Und genau darin besteht die Fähigkeit der Social Media. Jeder kann jeden ablehnen oder zulassen. Oder zumindest kann er sich die Gegenseitigkeit aussuchen, denn bei Twitter kann prinzipiell jeder jedem folgen, was jedoch keiner wechselseitigen Verbindung entspricht.

Allerdings spielen Social Media mit den Möglichkeiten der Six Degree-Theorie. So weisen die Plattformen XING und LinkedIn – beides Karriere- bzw. Business-Portale, die zahlungspflichtige Premium-Accounts anbieten – die Anzahl der Kontakte bis in den dritten Grad aus. Das bedeutet: wenn man selbst 12 direkte Kontakte besitzt, hat man im zweiten Grad z.B. indirekte 500 Kontakte. Über diese Kontakte stünden einem in Folge z.B. 22.456 indirekte Kontakte im dritten Grad zur Verfügung. Die beiden Portale führen dies an, um den Usern das Potential vor Augen zu führen, das ihnen mit einem Premium-Account zur Verfügung stünde.

Und beide Plattformen sind dafür bekannt, dass sie dafür sorgen, dass die virtuellen Kontakte in die Realität hinüber transferiert werden können. Und dies ist das bedeutendste Erfolgskriterium für virtuelle Aktivitäten, insbesondere für Online-Kampagnen. Doch zurück zum Social Graph. Das wichtigste Faktum für die Auswirkung des Social Graph in weiteren Verlauf der Darstellung ist der Umstand, dass selbst

wenn es eine direkte Verbindung zwischen zwei Personen gibt, Welten zwischen diesen Personen liegen können. Eine Verbindung an sich sagt noch nichts über die Qualität und die Stärke dieser Verbindung aus. Der Blogger Brad Fitzpatrick hat als erster eine in der Online-Community stark akzeptierte Definition des Social Graph geliefert. Demnach ist der Social Graph überspitzt übersetzt das »globale Kartographieren von jedem Einzelnen und seiner Verbindungen.«

NETZWERK-EIGENTÜMER

Was wissenschaftlich sehr interessant klingt, ist es nicht nur in diesem Gebiet. Für die gesamte Wirtschaftswelt ist es ein Traum, über die genauen Bedürfnisse, Verbindungen, Daten jeder einzelnen Person dieser Welt Bescheid zu wissen. Abgesehen davon, dass sie dies schon tun. Denn nicht nur die Online-Welt bietet Social Graphs an. Telekommunikationsunternehmen verkaufen über Mobiltelefone erstellte Bewegungsgraphen der Nutzer, die den Unternehmen über den Standort und die Häufigkeit der Bewegung zu einem bestimmten Ort bzw. der Häufigkeit der Bewegungen an sich darstellen. Wer hier Bedenken wegen des Datenschutzes hegt, sollte sich seinen Handy-Vertrag nochmals ganz genau durchlesen. Aber den Telekommunikationsbetreibern wird das Wasser ohnedies schon abgegraben. Durch das App »Foursquare«, bei dem jeder freiwillig seinen Standort bekannt und mit Gutscheinen und würdigen Titeln (z.B. »Bürgermeister von Steirische Jagastubn«) geehrt wird.

Im Prinzip gehört jedem Menschen sein eigener Social Graph. Diese etwas sperrige Aussage bedeutet nichts anderes, als dass jedes einzelne Individuum auf diesem Planeten der Eigentümer seines eigenen Netzwerkes ist. Prinzipiell. Denn was in der realen Welt als selbstverständlich erscheint, ist es online definitiv nicht. Denn um online ein Netzwerk zusammenzustellen, bedarf es eines Mittlers, genauer eines Mediums über das sich die Menschen verbinden können. Dabei ist das Prinzip grundsätzlich einem Telefonat ähnlich, wo zwischen Anrufendem und Angerufenem Schaltzentralen und Sende-

masten stehen. Online-Media schalten eben Backbones und Server dazwischen.

Diese Server sind auch eines der großen Probleme in der Wahrnehmung von Social Media. Denn auf diesen Servern befinden sich die Daten aller User eines Netzwerkes. Was Datenschützer und Skeptiker sofort erschreckt auffahren lässt, ist für Brad Fitzpatrick eigentlich eine optimale Situation, um eine einzige Online-Identität für jeden User zu schaffen, so dass sich niemand mehr die ganzen LogIns merken muss. Diese Online-Daten würden dann in einem Peer-to-peer-System gemanagt, das Facebook und Kollegen implementieren müssten, um User haben zu können.

Abgesehen von der aus mehreren Gründen unsinnigen Idee – der Diebstahl einer Online-Identität durch Phishing, Hacking u.a.m. hätte ungeahnte Konsequenzen; alle Daten wären für alle einsehbar, wodurch zwar die Social Media an Wert verlören, aber die Unternehmen dennoch Zugriff auf die Daten aller User hätten; etc. – würde sich daraus ein Zwangsverhalten im virtuellen Raum ergeben, das die Realität nicht nachzeichnet und Individualität unterbindet. Denn niemand verhält sich immer und überall gleich oder will, dass andere über ein Verhalten in all den anderen Plattformen erfährt. Die Idee der alleinigen Online-Identität wäre die Realisierung der absoluten Transparenz.

GESCHÄTZTE BLICKWINKEL

Und hiermit werden wiederum die Gesellschaftsdefinitionen von Adorno und Drucker als interpretatorische Instanz relevant. Denn selbst wenn beide Begriffe in fast allen wesentlichen Punkten in letzter Konsequenz zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, sind sie sich in einem Punkt ziemlich einig: in der Ablehnung absoluter Transparenz. Drucker würde diese Transparenz nur in einem Ausmaß akzeptieren, das der Gesellschaft dient, diese also verwaltbar macht und eine Basis dafür darstellt, allen Einzelnen der Gesellschaft die Verwirklichung ihrer persönlichen Freiheiten und Wünsche zu

ermöglichen. Nach Adorno ist dieser Zustand bereits durch die Datenaufzeichnung – nicht nur im Internet, sondern auch durch die Banken, Kreditkartenunternehmen und Telekommunikationskonzerne – längst realisiert.

Die Unterschiede werden jedoch in anderen Bereichen schlagender. Angesichts der als positiv eingestuften Auswirkungen von Netzwerkbildungen würde Adorno für die Freiheit des Selbst plädieren und dieses durch Machtgruppen der kapitalistischen Gesellschaft unterdrückt sehen. Peter Drucker sähe diese Auswirkungen als Grundvoraussetzung für die Etablierung von Eliten und Führungsgruppen. Diese Eliten versteht er als wesentlich, um »die Dinge« voranzubringen. Dabei habe die Gesellschaft durch politische Lösungen und Bildungseinrichtung die Formierung dieser Eliten zu begünstigen.

Adorno würde das soziale Kapital als gesellschaftlichen Zwang der Funktionen innerhalb der Gesellschaft definieren, der individuelle Unfreiheit und Ungleichheit begründe. Drucker sieht letztlich dieses Kapital durch Zugehörigkeit zu Organisationen erreichbar und wertet es als erstrebenswerten Status, der einer Verbesserung für die persönliche Freiheit darstelle.

Daraus ließe sich schließen, dass Adorno Social Media als Verdummungsinstrumente für die Gesellschaft begreifen würde, die das Denken durch die Zirkel der Macht berauben. Für Peter Drucker würden sie, neben der Verpflichtung zum Dienst an der Gesellschaft und der Aneignung von in Wissen transferierbarer Bildung, ein Instrument der Selbstermächtigung zur Selektion des eigenen Netzwerkes sowie eine Simulation für das Knüpfen tatsächlicher Netzwerke darstellen. ❤️

THOMAS KÖNIGSHOFER

ist freier Journalist, Filmproduzent und
in CrossMedia-Projekten tätig.



ROOD
TROPENMUSEUM
AMSTERDAM

AUSSTELLUNGSDETAIL
© Tropenmuseum Amsterdam



Netzwerke und Geschichte(n)

Von Beginn an verbindet Netzwerkanalyse Strukturbeschreibung, -messung und -visualisierung in einem. Im Beitrag von Wolfgang Neurath geht es um den Austausch und die Kooperation zwischen Netzwerkanalysiker/innen, Sozial- und Kulturtheoretiker/innen sowie Historiker/innen.

Historiker/innen versuchen das Netz, das zwischen Diskursen, Institutionen, Architekturplänen, Reglements, Gesetzen, wissenschaftlichen Aussagen, administrativen Reglements, statistischen Datenreihen, Klugheits- und Tugendlehren, philosophischen Aussagen und anderen Lehrsätzen im Archiv gesponnen ist, zu entbergen, zu ordnen und darzustellen. Als innovative Erweiterung der herkömmlichen Verfahren und Prozesse bietet die *Social Network Analysis* der historischen Forschung neue Perspektiven an. Ähnlich wie Fotografie und Film können Netzwerkvisualisierungen das Blickfeld und den Raum der Sichtbarkeit erweitern.

Gerade bei der Explorierung komplexer Systeme spielt das Verfahren seine Stärken aus, indem es eine abstrakte Beschreibungssprache, die man als *language of networks* bezeichnen kann, mit einem Set von Verfahren verbindet, die Position, Einbettung, Gruppierung oder auch strukturelle Besonderheiten von Akteuren sichtbar macht. Von Beginn an verbindet Netzwerkanalyse Strukturbeschreibung, -messung und -visualisierung in einem.

Im Folgenden soll es um den Austausch und die Kooperation zwischen Netzwerkanalysiker/innen, Sozial- und Kulturtheoretiker/innen sowie Historiker/innen gehen. Diese drei Gruppen ließen sich lange Zeit als konkurrierende Clans und isolierte Cliques fassen, die der Tendenz nach voneinander durch strukturelle Wissensbegrenzungen getrennt waren, ihre eigenen subkulturellen Stile besaßen und Diskurse führten, die gegenseitig als unübersetzbar und unverständlich erschienen. Erst in den letzten Jahren ist der interdisziplinäre

Austausch stärker geworden. Es wurden Konferenzen abgehalten und Foren etabliert, welche die Begegnung zwischen Geschichtswissenschaft und Netzwerkanalyse auf eine neuartige und stabile Basis stellten. In diesem Artikel wird es dabei um drei Aspekte gehen: Erstens werden Theorie und Praxis der explorativen Netzwerkanalyse kurz vorgestellt, zweitens sollen Konzepte für netzwerkanalytische Strukturanalysen nähergebracht werden, die eine starke Explikationskraft aufweisen, und drittens soll abschließend das Verhältnis von Netzwerkanalyse und Kulturwissenschaft erläutert werden.

1. Theorie und Praxis der explorativen Netzwerkanalyse

Die netzwerkanalytische »Sprache des Netzes« (*language of networks*) beschreibt die Transformationsregeln von der empirischen Beobachtung über die Datenaufzeichnung, deren Übersetzung in Matrizen und die Reorganisation der Datenreihen durch Algorithmen und schlussendlich deren Projektion in einen Wahrnehmungsraum (»Netzwerkvisualisierung«).

Um Informationen zu sammeln und Daten zu erheben, können verschiedene Arbeitstechniken und Methoden zum Einsatz kommen, die sich nicht von jenen anderer Disziplinen unterscheiden. Denn wie in anderen Sozialwissenschaften auch, steht am Beginn einer Netzwerkanalyse die empirische Beobachtung und Datensammlung. Dabei gilt, dass die Datenaufzeichnung nicht nur Beobachtungsobjekte und deren Eigenschaften enthalten muss, sondern darüber hinaus auch die *Beziehungen* zwischen eben diesen Objekten aufzuweisen hat. Die systematische Erhebung der Beziehungsaspekte zwischen den Objekten ist ein erstes markantes Kennzeichen der *Sozialen Netzwerkanalyse*.

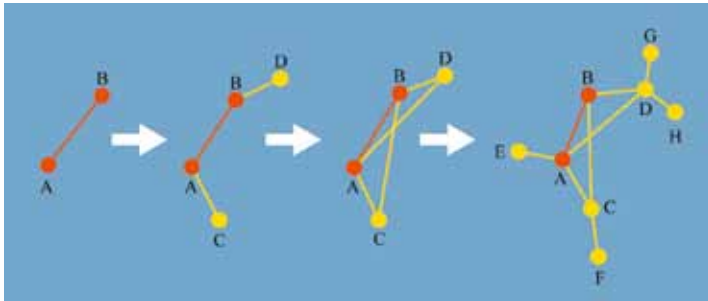


Abbildung 1: Darstellung netzwerkanalytischer Basisverbindungen. (Grafik: ©FASresearch)

Dazu ein Beispiel: Wenn zwei Personen (A und B) empirisch untersucht werden, lässt sich z. B. feststellen, ob sie miteinander Kontakt haben oder befreundet sind. Sind sie befreundet, dann lässt sich die Aussage »A ist befreundet mit B« verifizieren und positiv aufzeichnen. Dies gilt auch für Aussagen wie »A spricht mit B«, »A und B tauschen Güter und Waren« oder »A und B sind im Aufsichtsrat eines spezifischen Unternehmens«, usw. Ausgehend von diesen einfachen und basalen Beziehungen, Verhältnissen oder Relationen lässt sich die Analyse dann auf weitere Personen (C, D, E, etc.) ausdehnen (siehe Abbildung 1). Es lassen sich dann computerunterstützt Netzwerke aus tausenden und abertausenden solcher Grundelemente modellieren. Die gleichsam mikroskopische Voraussetzung für diese Hochrechnungen sind aber immer zwei Akteure, anhand derer bestimmt wird, ob eine bestimmte Beziehung vorliegt oder nicht. Die weiteren Eigenschaften eines Akteurs und seiner Beziehungen können dann als zusätzliche Information verzeichnet und gespeichert werden.

Bereits der Arzt, Psychiater und Soziologe Jacob Levi Moreno (1889–1974), dessen Soziometrie man als Netzwerkanalyse *avant la lettre* bezeichnen kann (Moreno 1996), hat in dieser Art und Weise Akteure mit bestimmten Eigenschaften (etwa nach der Unterscheidung zwischen »Mann« und »Frau« etc.) und deren jeweilige Freundschaftswahl aufgezeichnet und in eine Karte der jeweils untersuchten Sozietät übersetzt. Eine solche Transformation von analytischen Matrizen in die visuelle Information von »Netzwerkkarten« macht die Stärke und Faszination der Sozialen Netzwerkanalyse aus. Netzwerkanalysen setzen ganz gezielt auf die Fähigkeit unseres Sehsinns, viele und komplexe Informationen parallel verarbeiten zu können. Um solche Karten herzustellen, sind bestimmte Konventionen erforderlich, die sowohl das Vokabular der Symbole als auch die Regeln der Anordnung bestimmen.

Was z. B. Otto Neurath für die Statistik geleistet hat (Neurath 1991), soll im Rahmen aktueller Netzwerkanalysen für Strukturdarstellungen möglich sein. Dabei geht es zunächst

einmal darum, die Verbindungen zwischen den Einheiten zu ordnen, so dass verbundene Einheiten auch benachbart angeordnet werden können. Dies stellt eine sehr aufwendige Aufgabe dar, die allerdings von Computern unter Verwendung verschiedener Algorithmen automatisch erledigt werden kann. In einem zweiten Schritt werden dann die vielfältigen weiteren Eigenschaften der entstandenen »Knoten« (*vertices*) und sog. »Kanten« (*edges*) – und der durch sie gebildeten Teilsysteme – mit unterschiedlichen Größen, Farben oder Formen in die netzwerkanalytischen Karten eingetragen (siehe Abbildung 2).

Erstaunlicherweise entstehen dabei oft gut lesbare Abbildungen, die nicht nur Einblick in Vorgänge innerhalb dieser Netze gewähren, sondern es oft auch gestatten, besondere Teilsysteme als lokale Muster zu identifizieren. Die komplexesten Visualisierungen erlauben es, multidimensionale Informationen aus den Daten zu beziehen, indem nicht nur die Eigenschaften der Beziehungsknoten, sondern auch die der Kanten visualisiert werden. So haben etwa die Visualisierungen komplexer Strukturen, die der Kölner Gesellschaftsforscher Lothar Krempel (Krempel 2005, Krempel 2006) erstellt hat, nicht nur einen hohen ästhetischen Reiz. Diese kunstvollen Karten haben viel mehr den Vorteil, nach (sozial-)wissenschaftlichen Erkenntnissen konstruiert zu sein. Darüber hinaus sind sie auch international kommunizierbar, da die Sprache des Netzes auch in Russland oder Japan verstanden wird. Bei aller wissenschaftlichen Durchdringung der Sprache des Netzwerks verbleibt allerdings immer ein Rest, der noch an die Kunstfertigkeit handgezeichneter Karten erinnert. In dieser Überlappung von Kunst und Wissenschaft werden wir immer wieder daran erinnert, dass das menschliche Gehirn bestimmte Informationen über Bilder besser als über Texte aufnehmen kann.

Das Bemerkenswerte an Karten ist dabei, dass in und mit ihnen unterschiedliche Zeiten aufbewahrt und gespeichert werden: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – je nach-

Netzwerke der Kooperation Forschung Datengrundlage: Mag. Wolfgang Neurath, www.appliedresearch.at, zusätzliche Erhebung FAS.research. Die Abbildung zeigt das Netzwerk der Wissenschaftszweige (n= 170), die miteinander durch Einrichtungen der kooperativen Forschung verbunden sind.

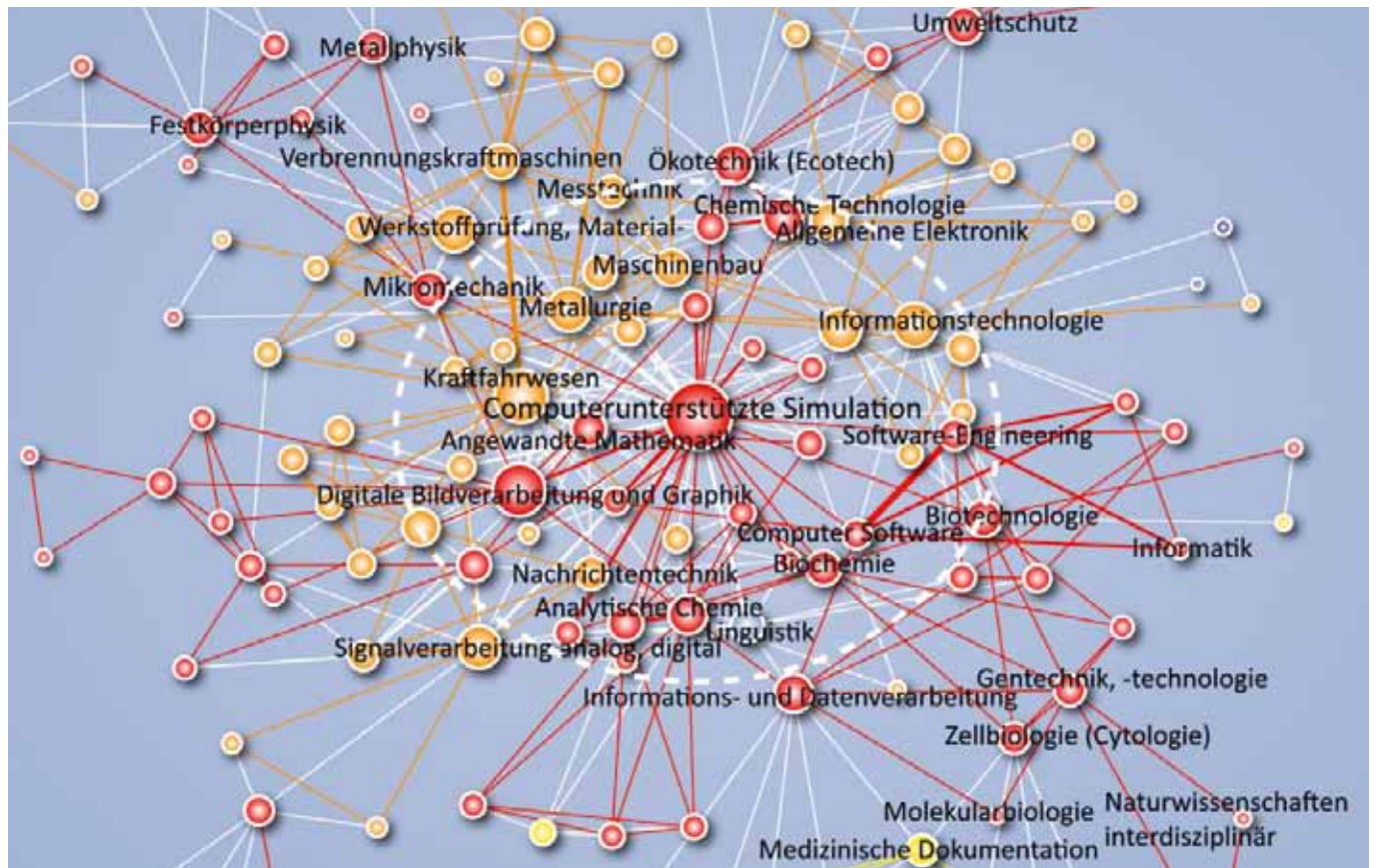


Abbildung 2: Die visuelle Komplexität von Netzwerkvisualisierungen anhand der Darstellung des Netzwerks der kooperativen Forschung. (Grafik: ©FAS.research)

dem. Diesen Umstand bemerken wir in der Regel immer erst dann, wenn eine Zeit zu Ende geht, wenn Karten alt geworden und die neuen noch nicht gezeichnet sind. Karten lassen Ordnungen erscheinen, und die Häufigkeit der Erneuerung einer Karte oder auch die jeweiligen Abweichungen von Karte zu Karte sind sehr gute Indikatoren für die Vergänglichkeit einer bestimmten sozialen oder historischen Ordnung. Kartenserien verraten uns etwas über die Dynamik von Ordnungen gleich welcher Art; sie lehren uns den Unterschied zwischen *frozen worlds* und Welten am Rande des Chaos. Schon der große französische Historiker Marc Bloch hat diesen Aspekt der Kartographie bei der Entwicklung seiner »regressiven Methode« verdeutlicht und seine Bedeutung für die Historiographie betont (Bloch 2002, Raulff 1995). Ganz in diesem Sinne kann man heute dynamische Netzwerk-Visualisierungen in der Geschichtswissenschaft anwenden. Sie erweitern somit das »Sehfeld« des Historikers.

Dazu hier nur ein konkretes Beispiel: die Auflösung der Deutschland AG. Die Verflechtungen zwischen deutschen Großunternehmen haben zu Verdächtigungen geführt und

die Debatten über deren Nutzen stark emotionalisiert. Bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ist die deutsche Unternehmenslandschaft durch dichte Kapital- und Personalverflechtungen geprägt. Für manche war das deutsche Unternehmensnetzwerk Ausdruck eines besseren, die Potenziale der Kooperation ausschöpfenden, und deshalb der reinen Marktwirtschaft überlegenen Kapitalismus. Andere interpretierten Unternehmensverflechtungen als Instrumente machtungriger Manager, die sich mit Überkreuzbeteiligungen vor dem Einfluss der Kapitalmärkte schützten. Der rheinische Kapitalismus hat sich nach etwa hundert Jahren aufgelöst. Die Kontrolle durch Verflechtungen wird zunehmend von der Kontrolle durch den Finanzmarkt abgelöst. Dieser Strukturwandel lässt sich als Zeitserie von Netzwerk-Visualisierungen darstellen.

Die hier abgebildeten Darstellungen (siehe Abbildung 3 und 4), die von Lothar Krempel stammen, beruhen auf den Hauptgutachten der deutschen Monopolkommission und geben Einblick in tiefgreifende Änderungen des deutschen Wirtschaftssystems. Bereits unter einer komparativ-statischen Perspektive treten wesentliche Veränderungen hervor. Im Jahr 1996 bildeten sechzig der hundert größten deutschen Unter-

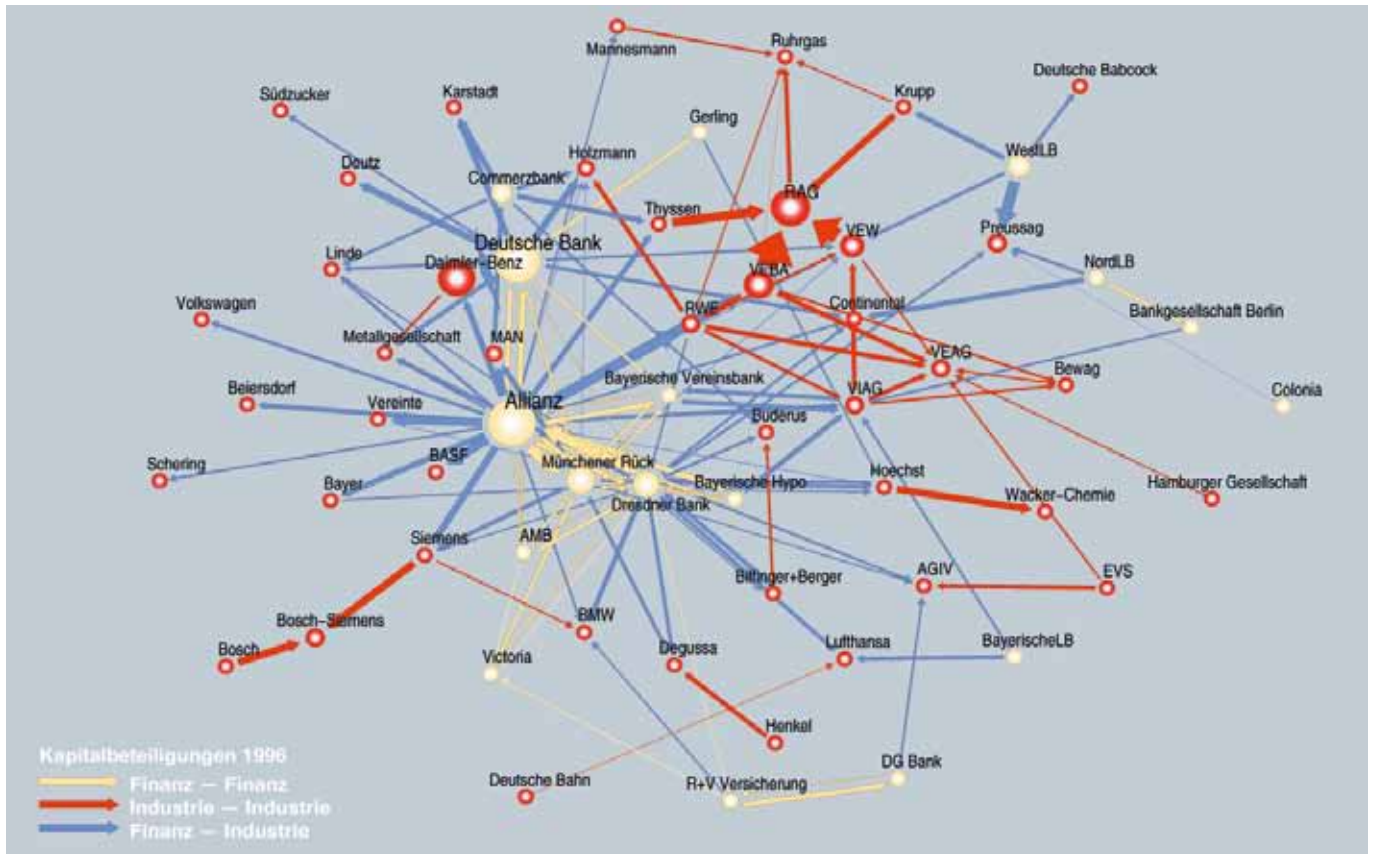


Abbildung 3: Kapitalstruktur des deutschen Wirtschaftssystems 1996
(Grafik: © Lothar Krempel)

nehmen eine zusammenhängende Komponente. Das Netzwerk hatte einen identifizierbaren Kern, der vor allem aus Finanzunternehmen bestand und durch Überkreuz-Verflechtungen charakterisiert war. 1996 kontrollierte die über Kreuz verflochtene Gruppe von Finanzunternehmen einen der Anteile an Industrieunternehmen. Neben den Verflechtungen der Finanzunternehmen lässt sich in der Peripherie des Systems ein Cluster von Industrieunternehmen des Bergbau- und Energie-Sektors identifizieren, die stark miteinander verflochten waren. In den Folgejahren zeigt sich nicht nur ein fortschreitender Abbau dieser Verflechtungen, sondern auch der Überkreuz-Verflechtungen im Zentrum des Netzwerks. Soziales Kapital hat sich in Finanzkapital umgewandelt; der Kontrollmodus verändert sich.

2. Konzepte für Strukturanalysen

Die soziale Netzwerkanalyse hat eine breite Zahl an analytischen Konzepten und überaus nützlichen Modellen hergestellt, um menschliche Verhaltensweisen ausgehend von der Struktur sozialer Verbindungen vorherzusagen. Dabei geht es immer auch um die strukturellen Voraussetzungen, Bedin-

gungen und Zwänge, die sich innerhalb eines Gesellschaftssystems dem Handeln der Akteure auferlegen. Fünf dieser Konzepte bzw. Begriffe sollen hier cursorisch vorgestellt werden.

1) Ein äußerst wichtiges Konzept ist das *embedding* sozialen Handelns. Der amerikanische Soziologie Mark Granovetter hat dieses Konzept der Eingebundenheit menschlicher Aktion auf folgende eingängige Formel gebracht: *'Action is embedded in concrete, ongoing social relations.'* (Granovetter 1985, 487) Ein Individuum, ein Akteur ist mithin immer einem bestimmten kollektiven Verhaltensmuster ausgesetzt, dass sich aus dem Verhältnis zu jenen Menschen in seinem persönlichen Umfeld ergibt, die bereits innerhalb dieses Netzwerks Aktivitäten setzen. Dabei wird angenommen, dass die tendenzielle Bereitschaft eines Individuums, eine spezifische Verhaltensweise anzunehmen, ihrerseits eine Funktion des Verhaltens eben jener Akteure darstellt, die im direkten Umfeld dieses Akteurs tätig sind.

2) Auch das Konzept der *strength of weak ties* geht auf einen sehr einflussreichen Artikel von Mark Granovetter zurück, der 1973 erschienen ist (Granovetter 1973). Dabei definierte er die Stärke einer Verbindung vor allem über die gemeinsam ver-

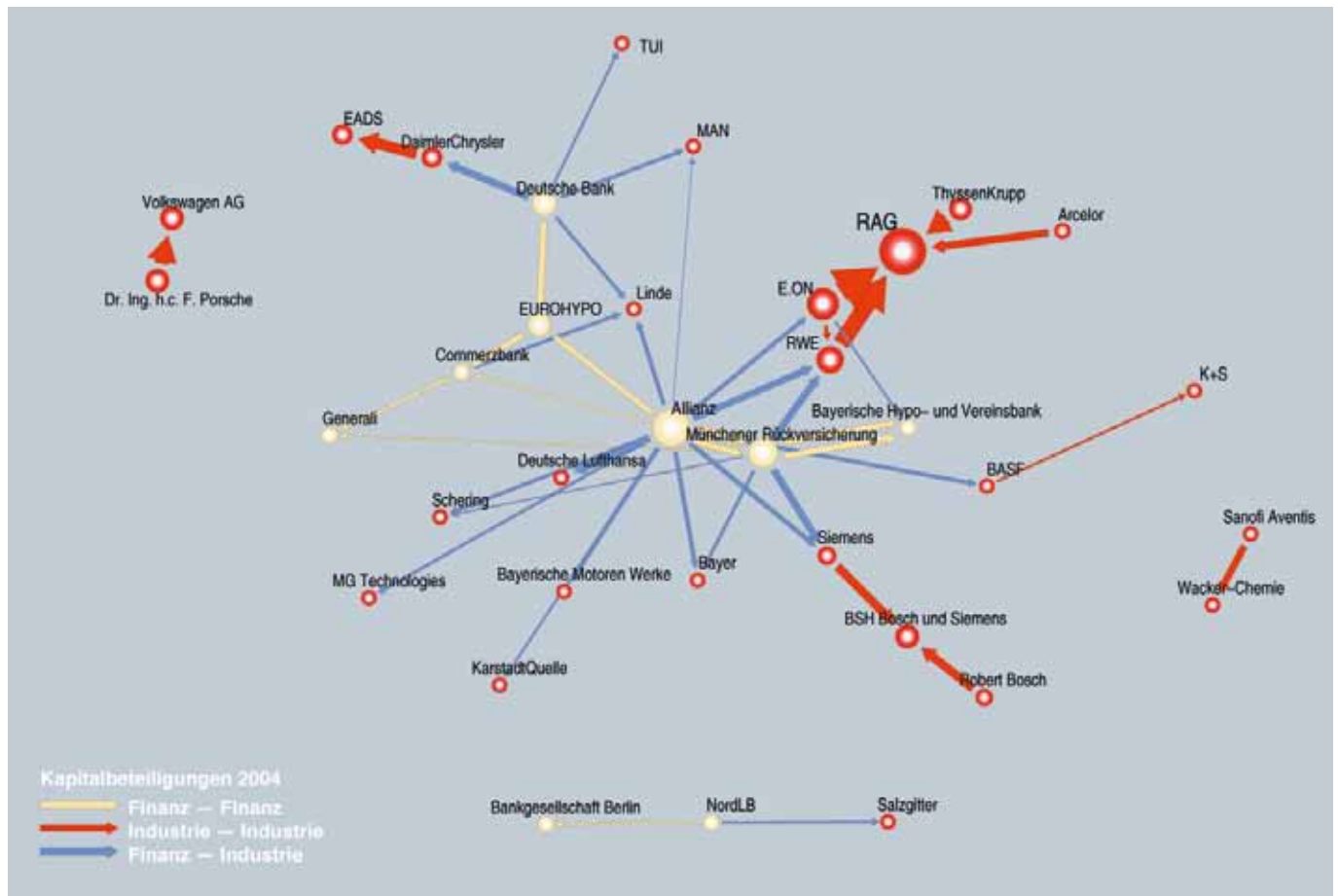


Abbildung 4: Kapitalstruktur des deutschen Wirtschaftssystems 2004 (Grafik: ©Lothar Krempel)

brachte Zeit in der die Intensität, Intimität oder Reziprozität einer Beziehung zu- oder abnimmt. Dabei geht es auch um Indikatoren wie Vertrauen oder Information. Granovetter betonte, dass im Marketing oder in der Politik gerade schwache Verbindungen die Möglichkeit mit sich bringen, eine gegebene Population zu erreichen, die über starke Verbindungen nicht aktiviert werden kann.

3) Mit dem Begriff *structural holes* umschreiben Netzwerkanalytiker den Umstand, dass für das Handeln eines Akteurs nicht die Beziehungsstärke entscheidend ist, sondern die Frage, ob er aufgrund der Struktur und Kraft seiner Beziehungen in der Lage ist, andere Akteure als Vermittler zu verbinden, die ihrerseits eben keine Beziehung zu einander unterhalten. Können solche nicht verbundenen Netzwerke überbrückt werden, dann füllt die Stärke des Mediators – und mit ihm, die seines Netzwerkes – »strukturelle Löcher«. (Burt 1992)

4) Mit dem Konzept der *structural equivalence* kann gezeigt werden, dass Akteure sich in einem hohen Ausmaß strukturell äquivalent verhalten, wenn sie zu identischen (dritten) Akteuren dieselben Beziehungen haben. In einer »strukturell äquivalenten« Position ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass Individuen sich auch gleich verhalten. Dies wurde 1993 eingehend von John F. Padgett und Christopher K. Ansell (Padgett/Ansell 1993) vor Augen geführt, die im Rahmen einer netzwerkanalytischen Positionsanalyse Cosimo de Medicis Aufstieg zur Macht anhand historischer Quellen analysierten und hervorhoben, dass dieser nur möglich war, weil Medici die »strukturellen Löcher« überspannen konnte, die sich zwischen mehreren politischen Mitspielern öffneten. Netzwerkanalytiker sprechen hier auch vom *black modelling*, mit dem man ein Gesellschaftssystem als relationales Rollenspiel begreifen kann.

5) Diesen Teil abschließend soll hier noch kurz das Konzept der *small world* diskutiert werden. Der Begriff wurde 1967 von Stanley Milgram geprägt (Milgram 1967) und beschreibt den in modernen Gesellschaften vorhandenen hohen Grad

LITERATUR

Bloch, Marc: Apologie der Geschichtswissenschaft oder Der Beruf des Historikers, Stuttgart 2002 | **Burt, Ronald S.:** Structural Holes. The Social Structure of Competition, Cambridge 1992 | **Deleuze Gilles/Guattari Félix:** Kapitalismus und Schizophrenie. Tausend Plateaus, Berlin 1992, 599 | **Granovetter, Mark:** Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness, in: American Journal of Sociology 91, 481-510 | **Granovetter, Mark:** The Strength of Weak Ties, in: American Journal of Sociology 78, 1360-1380 | **Granovetter, Mark:** The Strength of Weak Ties: A Network Theory Revisited, in: Sociological Theory (Blackwell) 1: 201-233 | **Greffrath, Mathias:** Die hydraulische Gesellschaft und das Gespenst der asiatischen Restauration. Gespräch mit K. A. Wittfogel, Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, Reinbek b. Hamburg 1979 | **Krempel, Lothar:** Visualisierung komplexer Strukturen. Grundlagen der

Darstellung mehrdimensionaler Netzwerke, Frankfurt/M. 2005 | **Krempel, Lothar/Schnegg, Michael:** About the Image. Diffusion in an Historical Network. Structure and Dynamics, in: eJournal of Anthropological and Related Sciences 1/2006, Article 10 | **Milgram, Stanley:** The Small World Problem, in: Psychology Today(1), 60-67 | **Moreno, Jacob Levi:** Die Grundlagen der Soziometrie, 3. Auflage, Opladen 1996 | **Neurath, Otto:** Gesammelte bildpädagogische Schriften, hg. von Rudolf Haller und Robin Kinross, Wien 1991 | **Padgett, John F./Ansell, Christopher K.:** Robust action and the rise of the Medici, 1400- 1434. The American Journal of Sociology (RSS), 1993 | **Raulff, Ulrich:** Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch, Frankfurt/M. 1995 | **Tilly, Charles:** Stories, Identities, and Political Change, Lanham, Md.: Rowman & Littlefield, 2002 | **White, Harrison C.:** Identity and Control. A Structural Theory of Social Action, Princeton.

representation often takes the form of a shared story.' (Tilly 2002, 75) Geschichten als Medium der Reflexion, Formation und Repräsentation sozialer Identitäten und deren Beziehungen (*social ties*) innerhalb und zwischen sozialer/n Grenzen führen dann zurück zum *problem of storytelling*, wie Tilly betont. Denn die logische Struktur des Erzählens (*logical structure of storytelling*) bringt die soziale Struktur und vor allem die sozialen Prozesse, die durch Sozialwissenschaftler und Historiker allererst zu erklären wären, zum Verschwinden.

Nicht nur eine Erweiterung, sondern eine vollständig neue Perspektive in der Analyse von Netzwerken kann auch dadurch entstehen, dass das Akteursprimat gebrochen wird und der Fluss, der durch ein Set von Akteuren hindurchgeht, nicht nur als Verbindung zwischen Akteuren, sondern als Produktionsverhältnis von Strukturen mit ihren spezifischen Eigenschaften angesehen wird. Die Netzwerkanalyse müsste demnach bei ihrer Untersuchung mit den Qualitäten der Kanten beginnen. Vollständig neue Erkenntnisse von Struktur- und Dynamiken wären aller Voraussicht nach die Folge. So ist für Gilles Deleuze und Félix Guattari eine Stadt ein Produkt von Flüssen; ein Ort, wo sich Inputs neu ordnen und übersetzen lassen, um wieder weiterfließen zu können:

»Die Stadt ist das Korrelat der Straße. Die Stadt existiert nur im Hinblick auf Verkehr und Kreisläufe; sie ist ein bedeutender Punkt in den Kreisläufen, von denen sie geschaffen wird oder die sie schafft. Sie wird durch Ein- und Ausgänge bestimmt, es muss etwas in sie hineingehen und aus ihr herauskommen. [...] Es handelt sich um ein Phänomen der Trans-Konsistenz, um ein Netz.« (Deleuze/Guattari 1992)

Jeder Akteur im Netzwerk ist ein Korrelat der Kanten bzw. Flüsse im Netzwerk. Um zu verstehen, wie Dynamiken in Netzwerken entstehen, ist die Stärke, Konsistenz und die Widersprüchlichkeit der zirkulierenden Flüsse zu beachten: Personen, Waren, Codes, also verschiedene materielle oder

symbolische Systeme zirkulieren und verändern die Übersetzungs- und Austauschstrukturen. Metaphorisch ist ein solches Denken ja durchaus gebräuchlich, wenn wir uns an Wittfogels Theorie der »hydraulischen Gesellschaft« erinnern (Greffrath 1979): Die Regulierung und Verteilung der ungünstig verteilten Wasservorkommen ist für die Menschen schon seit Jahrtausenden eine Herausforderung. Bis ins 18. Jahrhundert hinein war China im Bau von Deichen, Transportkanälen und Bewässerungssystemen dem Westen weit überlegen.

Diese Aufgaben erforderten die zentralstaatlich gelenkte Realisierung solcher Großprojekte und die Erhaltung der Wasserbauten sowie die davon abhängige bürokratische Organisation mit massenhafter Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften. Wie entstehen diese Netzwerkstrukturen, die um verschiedene Pole oder Potentiale angeordnet sind und die Flüsse vollständig unterschiedlich organisieren? Aber dies wäre ein gänzlich neues Kapitel in der mittlerweile schon mehr als hundertjährigen Geschichte der Netzwerkforschung, die für Historiker/innen – aber auch für alle, die eine adäquate Konstruktion des sozialen Raums anstreben – jedenfalls neue Impulse, Methoden und Fragestellungen bereithält. Vieles gilt es noch zu entdecken und zu explorieren. Es ist an der Zeit, diese Perspektive einzunehmen und sie auch für die Analyse der gegenwärtigen Politik in Veranschlagung zu bringen. 🍷

WOLFGANG NEURATH
ist Historiker und lebt in Wien.

ROOD
TROPENMUSEUM
AMSTERDAM



Ohne Schulden läuft nichts

Der Staat als Haushalt und der Finanzminister als gute Hausfrau, die nicht mehr ausgeben kann, als sie einnimmt: Dieses Bild von Budgetpolitik pflegen konservative Finanzminister seit Jahrzehnten. Thomas Strobl argumentiert, weshalb dieses Bild grundlegend falsch ist und warum Sparsamkeit nicht reicher, sondern ärmer macht.

Ohne Schulden läuft nichts, so der Titel meines Buches. Sie werden sich vielleicht die Frage stellen, wie kann man angesichts der aktuellen Nachrichtenlage so bescheuert sein und ein Buch unter dieses Motto stellen? Wie komme ich dazu, in meinem Buch ausgerechnet die Schulden, die doch in den letzten Jahren und Jahrzehnten vermeintlich so viel Unheil angerichtet haben, zu thematisieren?

Die Logik dahinter ist im Grunde sehr einfach zu verstehen. Ausgaben sind immer auch Einnahmen, und Einnahmen sind gleichzeitig immer auch Ausgaben. Die Ausgaben des Meier sind die Einkommen des Müller, die Ausgaben des Müller die Einkommen des Schulz, usw. Soll eine Wirtschaft wachsen – und bei unseren stetig steigenden Erwartungen an Wohlstand und Versorgungsniveaus muss sie es –, dann müssen die Einnahmen wachsen. Damit müssen aber auch die Ausgaben wachsen. So gesehen funktioniert die Wirtschaft tatsächlich wie ein Kreislauf. So lange keiner der Beteiligten auf die Idee verfällt, einen nennenswerten Teil seines Einkommens zu sparen und damit die Kette zu unterbrechen, läuft alles problemlos. Falls doch, dann fehlt das einbehaltene Geld plötzlich. Schon der nächste in der Reihe wird feststellen, dass er weniger an Einkommen zurückbekommt, als er zuvor an Ausgaben an den Kreislauf abgegeben hat. Eine deflationäre Depression ist die Folge.

Das Einkommensniveau aller in der Kette sinkt um den Betrag der Ersparnis. Natürlich auch desjenigen, der als Urheber des Debakels gelten muss, der Sparer. Er mag für sich genommen die ehrenhaftesten Absichten und die nachvollziehbarsten Gründe dafür haben, einen Teil seines Einkommens

auf die hohe Kante zu legen. Auf das Wohlstandsniveau des Gesamtsystems wirkt sich sein Verhalten negativ aus.

Noch etwas können wir aus unserem einfachen Kreislaufbeispiel ersehen. Selbst wenn niemand spart, sondern alle ihre Einkommen in voller Höhe ausgeben, ist Wachstum auf diese Art nicht möglich. Die Wirtschaft verharrt vielmehr in Statik. Wohlstandsmehrung ist ausgeschlossen. Zumindest für alle Teilnehmer als Gesamtheit. Einzelnen mag sie gelingen, aber dafür haben dann die übrigen entsprechend weniger. Ein höheres Einkommen für alle Beteiligten ist in einem derartigen Arrangement, einem simplen Kreislauf aus Einnahmen und Ausgaben nicht möglich. Wo sollte es denn herkommen, wenn immer nur die gleich hohen Beträge im Kreis herumlaufen?

KREDITE

Was ist die Lösung des Problems? Es muss jemand die Berufung zum Schumpeterschen Unternehmer in sich spüren, einen Kredit aufnehmen und damit zusätzliches Einkommen in den bestehenden Kreislauf einschleusen. Denn damit wird Wachstum zur Realität. Der Rest ist nur noch eine Verteilungsfrage. Die Beschäftigten bekommen davon etwas über Lohnzuwächse ab und der Staat holt sich seinen Anteil über Steuern. Das ist Wohlstand für alle, wie er in den besten Reden verstanden wurde. Idealerweise finanziert der Unternehmer mittels dieses Kredits eine ökonomisch sinnvolle Investition, aus der sich wiederum weitere Beschäftigung und Einkommen ergeben, sodass der Aufschwung selbsttragend und das Wachstum nachhaltig wird. Ein schönes kleines Wirtschaftsmärchen. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann funktioniert das ganze vielleicht auch noch heute. Ob

morgen ist schon wieder ein ganz andere Frage. Denn zur Gruselgeschichte mutiert das ganze, wenn das mittels Kredit geschaffene zusätzliche Einkommen eine Eintagsfliege bleibt. Wenn das Geld aus dem Kredit nicht dafür verwendet wird, Wachstum zu schaffen und damit gleichzeitig die Mittel, aus denen der Kredit wieder getilgt werden kann, einschließlich Zinsen bereitstellt.

In einem modernen Geldsystem entsteht neues Geld immer nur zeitgleich mit neuen Schulden. Wenn Sie zur Bank gehen, um einen Kredit aufzunehmen, dann leiht ihnen die Bank nicht die Ersparnisse eines anderen Kunden, sondern sie produziert das Geld, das sie Ihnen auf Ihr Konto überweist. Mit einem simplen Buchumsatz per Kreditforderung gegenüber Herrn oder Frau Sowieso an das Girokonto von Herrn oder Frau Sowieso. Und schon ist neues Geld im Umlauf. Die Bank verlängert also ihre Bilanz, wie das die Buchhalter nennen. Das aber hat dramatische Konsequenzen. Sobald der Kredit einmal in der Welt ist, wird man ihn unter dem Strich nicht mehr los. Und schlimmer noch. Um bestehende Kredite tilgen und die auf sie anfallenden Zinsen zusätzlich leisten zu können, sind immer neue weitere Kredite erforderlich. Nicht durch die immer gleichen Personen logischerweise. Einzelne Individuen mögen ihr Leben lang z. B. überhaupt keinen einzigen Kredit aufnehmen.

Aber allen zusammen ist die Schuldenfreiheit verwehrt. Wenn ein Mehrprodukt geschaffen werden soll, das die Gesellschaft auf ihre Mitglieder verteilen möchte, dann braucht sie mehr Geld. Mehr Geld entsteht aber nur durch mehr Kredit. Ein stetig wachsendes Wirtschaftssystem, das zudem darauf angelegt ist, nicht jegliche Produktion unmittelbar zu konsumieren, sondern einen Teil davon als Vermögen zu akkumulieren, umgangssprachlich auch zu sparen, ist auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, dass die Schulden ebenfalls wachsen. Kurzum, der Kapitalismus ist ein einziger großer Kettenbrief. Er bleibt so lange intakt, wie neue Schuldner hinzutreten, um alte Schuldner auszulösen. Er reißt aber in

dem Moment, wo neue Schuldner ausbleiben. Die Folge, eine Pyramide aus wechselseitigen Kreditverhältnissen stürzt mit einem lauten Krach in sich zusammen. Genau so, wie wir es in der jüngsten Finanzkrise gesehen haben und noch wesentlich dramatischer erlebt hätten, wenn die Regierungen nicht beherzt eingegriffen und damit ihre Volkswirtschaften vor dem sicheren Chaos bewahrt hätten.

ZU LASTEN ANDERER

In der Realität unseres modernen Finanzsystems hat der moralische Makel, der den Schulden seit Jahrtausenden anhaftete, daher keinen Platz mehr. Wer streng nach dem Motto verfährt, selbst keine Schulden haben zu wollen, zwingt damit andere, sich umso stärker zu verschulden. Das gilt im Kleinen wie im Großen, auch auf der Ebene ganzer Staaten, wie der Ökonom Heiner Flassbeck betont. Er meint zum deutschen Exportboom zwischen 2003 und 2007 polemisch: »Der deutsche Aufschwung resultierte zum überwiegenden Teil aus der Tatsache, dass die deutsche Wirtschaft zu Lasten anderer Länder Marktanteile am Weltmarkt gewonnen hatte und diese Länder sich verschuldeten, um deutsche Waren zu kaufen. Der Rückgang der Staatsverschuldung in Deutschland fand also zu einem erheblichen Teil seinen Niederschlag in der Zunahme der Auslandsverschuldung anderer europäischer Länder und der USA.«

Dass ein solcher Zustand in Zeiten schwerer Rezession von den betroffenen Ländern nicht einfach hingenommen werden kann, ist klar. Internationale Spannungen und diplomatische Kontroversen sind die Folge, wie wir sie seit geraumer Zeit zwischen den USA und China beobachten können. Wer wie Präsident Obama seine Bevölkerung vor der Massenarbeitslosigkeit bewahren will und muss, der hat kein Interesse daran, dass Länder wie China und Deutschland alles dafür tun, um ihre Exportüberschüsse und damit ihre Gläubigerposition gegenüber den USA aufrechtzuerhalten. Stattdessen sucht er potenzielle Schuldner, die bereit sind, amerikanische Waren einzuführen, um so der US-Wirtschaft dringend

benötigte Einkommen zu verschaffen. Aber in Krisenzeiten sind Schuldner nun mal spärlich gesät, zumindest solche, auf die es ankommt, um Beschäftigung und Jobs zu schaffen und damit die Volkswirtschaft wieder aus ihrer destruktiven Starre zu befreien.

Die Unternehmer als Schuldner – darauf wies Wilhelm Röpke, einer der Begründer der legendären sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise bereits im Jahr 1932 hin. Hier zeigt sich ein neues Problem: nämlich nicht, wie man das Banksystem zur Kreditvergabe, sondern die Unternehmer zur Kreditaufnahme motiviert. Zu jedem Kredit gehören zwei Parteien. In Zeiten äußerster Zuspitzung, der Vertrauenskrise steht die Frage im Zentrum, ob und inwieweit sich für die produktive Kreditverwendung noch unternehmenslustige Unternehmer finden. Zwar ist aktuell nur von Credit Crunch und von der zögerlichen Kreditvergabe der Banken die Rede, aus meiner eigenen Praxis als Manager eines Unternehmens zeigt sich aber, dass eher das umgekehrte Thema im Vordergrund steht: nämlich dass sehr viele Unternehmen davor zurückschrecken, Kredite aufzunehmen.

DAS A UND O

Ständig neue Schulden sind also für die Wirtschaft, die wachsen soll, das A und O. Ohne sie geht es nicht. Geld und Kredit entfalten ihre Wirkung im sensiblen Kern unserer Wirtschaft, dort, wo über Wohlstand oder Armut entschieden wird. Wohlstand ist gleich Kreditwachstum. Das passt irgendwie nicht zu dem, was die Eltern einem immer erzählt haben, die besorgte Mutter, die Nachbarn, die Freunde, zumal die simple schwarz-weiß-Sicht hier auch nicht zutrifft, denn es geht ja nicht um irgendwelche Schulden, sondern die richtigen, die vernünftigen, die, bei denen Unternehmer und Banken Weitsicht beweisen, sich von langfristigen Überlegungen leiten lassen, einkalkulieren, dass so ein Kredit ja auch irgendwann wieder zurückbezahlt werden muss. Schulden sind Leistungsversprechen in der Zukunft. Wer sie eingeht, muss das be-

rühmte Quäntchen besser sein, um sie wieder los werden zu können. Dieser Vorgang bringt das kapitalistische Herz zum Schlagen. Und faszinierte Autoren aller Epochen. Schuld ist die höchste Kategorie der Weltgeschichte, schrieb z. B. Walter Benjamin in seinem berühmten Fragment »Kapitalismus als Religion«.

Und der Kapitalismus ist vermutlich der erste Fall eines nicht entschuldigenden, sondern verschuldenden Kults. Ein ungeheures Schuldbewusstsein, das sich nicht zu entschuldigen weiß, greift zum Kultus, um diese Schuld nicht zu sühnen, sondern universal zu machen. Kapitalismus als Religion, die alle in ihren Bann zu schlagen sucht? Ein verschuldender Kult, der die universelle Unterwerfung verlangt? Benjamin hat offenbar das Wesen der modernen Wirtschaft richtig erkannt. Ihre Reproduktion durch immer neue Schulden. Die verzweifelten Versuche der bereits Verschuldeten – die man jetzt einfach gesprochen als Unternehmer deuten kann –, Neuschuldner – die man jetzt simpel als Konsumenten deuten kann – zu rekrutieren, die ihnen die Last von ihren Schultern nehmen – nicht mehr mit Gewalt so wie früher, sondern mit Werbung, die sehr viel effektiver und obendrein legal ist.

Weil der Druck, seinen Schulden und Renditeversprechen nachzukommen, bisweilen auf höchst unchristliche Pfade führt, produziert der Kapitalismus neben all seinen herausragenden Leistungen auch Exzesse am laufenden Band und taucht den zivilisatorischen Prozess damit oft genug in ein schreckliches Bild. Müllberge, leer gefischte Ozeane, abgeholzte Regenwälder, menschenunwürdige Zustände in den Entwicklungsländern. Die eiternden und nicht heilen wollenen Wunden am Körper der Menschheit sind zahlreich und schwer. Bereits heute können wir mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, all dem binnen kürzester Zeit ein Ende setzen. Die kapitalistische Weltgesellschaft setzt jedoch andere Prioritäten. »Rettet die Banken«, erschalle es auf dem Höhepunkt der Finanzkrise. Kaum zu überhören, die Lautstärke-regler voll am Anschlag. Viel lauter jedenfalls, als zu irgendei-

nem Zeitpunkt davor und danach »helft den Hungernden der Welt« oder »stoppt die globale Erwärmung« zu hören gewesen wäre. Politische Entscheidungen wurden im Rekordtempo gefällt, als es um die Rettungsschirme für die globalen Geldkonzerne oder zuletzt um Irland oder zuvor um Griechenland ging. Wichtige Beschlüsse für das Überleben des Planeten werden hingegen immer wieder vertagt.

Die monetären Aspekte der Geldgesellschaft sind längst zur eigentlichen Realität unseres Lebens geworden. Eine Realität, deren Forderungen viel absoluter und dringlicher sind als die elementaren Bedürfnisse unseres sozialen und natürlichen Lebens. Auf der einen Seite stehen rund 1.000 Milliarden Dollar, die weltweit von Regierungen mobilisiert worden sind, um die an ihrem eigenen Kreditmüll erstickenden Banken wiederzubeleben, auf der anderen die rund 20 Milliarden Dollar, welche die reichen G8-Nationen den ärmeren Staaten im Zeitraum 2008 bis 2010 an Nahrungsmittelhilfen zur Verfügung stellen wollten, um die verheerenden Folgen der Wirtschaftskrise auf die dortige Bevölkerung zu mildern. Mickrige 6 Milliarden Dollar pro Jahr, von denen ein Großteil bereits vorher zugesagt worden war und daher in Wahrheit gar keine zusätzliche Hilfe bedeutete. Und das, obwohl die Ernährungskrise in den Entwicklungsländern in dem Fall nicht auf Korruption, Ineffizienz oder unfähige Regierungen zurückzuführen war, sondern als direkte Folge der Globalisierung der Landwirtschaft angesehen werden muss, für die sich der Westen seit den 1980ern stark gemacht hat.

Darauf hat kein geringerer als der ehemalige US-Präsident Bill Clinton hingewiesen, als er am Welternährungstag 2008 eine Rede vor der UNO hielt. Um Missverständnisse von vornherein auszuschließen, eröffnete Clinton seinen Vortrag mit dem erstaunlich offenerherzigen Titel »We blew it« oder wir haben es verbockt und bekannte, dass wir – mich eingeschlossen, als ich noch Präsident war, so sagte er es – es vergeigt haben, indem wir nämlich zugelassen haben, dass Nahrungsmittel als Waren behandelt werden und nicht als et-

was, worauf die Armen dieser Welt ein prinzipielles Recht haben. Die Schuld sucht er ausdrücklich nicht bei den einzelnen Staaten und Regierungen der Dritten Welt, sondern bei der langfristigen Politik des Westens. Sie zwang die afrikanischen und asiatischen Regierungen, ertragreiche Böden für die Weltmarktproduktion umzuwidmen. Mit der Folge, dass diese Länder nicht mehr länger in der Lage waren, sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Das Ergebnis dieser Anpassung war die Integration lokaler Landwirtschaften in die globalen Agrarmärkte. Während die Ernte exportiert wurde, mussten die Bauern ihr Land aufgeben und in Gettos abwandern, wo sie fortan als billige Arbeiter in Sweatshops ihr Leben fristeten. Gleichzeitig sind diese Länder nun nicht mehr in der Lage, ohne Lebensmittelhilfe und entsprechende Importe ihre Bevölkerung zu ernähren.

EIN DOLLAR AM TAG

Dabei haben wir die materiellen Voraussetzungen für die Lösung aller ökonomischen Probleme der Welt längst geschaffen. Zumindest theoretisch. Wären die 48 Billionen Dollar des weltweiten Bruttosozialprodukts über die rund 6,5 Milliarden Bewohner des Planeten gleichmäßig verteilt, dann käme jeder von ihnen auf ein jährliches Einkommen von rund 7.000 Dollar. Mehr als genug, um jedermann aus der absoluten Armut zu holen. Aber natürlich ist das Welteinkommen nicht gleich verteilt. Es bestehen extreme Asymmetrien zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern, sodass bei allem Wohlstand des Westens noch immer 50% der Weltbevölkerung von weniger als zwei Dollar am Tag leben müssen und rund eine Milliarde Menschen sogar von weniger als einen Dollar. Für diese Menschen haben wir trotz aller ökonomischer Fortschritte noch keine Antwort parat, wie ihr tagtäglicher Kampf um das nackte Überleben beendet werden könnte.

Die mögliche Lösung hat der peruanische Ökonom Hernando de Soto aber gleichwohl vor Augen. Und, glauben Sie es oder nicht, sie besteht im Kredit. De Soto sagt nämlich, die Armen der Welt bewohnen Immobilien im Gesamtwert von

9.300 Milliarden Dollar. Das entspricht in etwa der Marktkapitalisierung aller börsennotierten Unternehmen in den 20 größten Volkswirtschaften der Erde. Das Problem ist aber, dass die Armen in den Entwicklungsländern keine titulierten Eigentumsrechte an ihren Häusern und Wohnungen halten und diese daher nicht als Kreditsicherheit nutzen konnten. Wer nicht kreditfähig ist, kann aber auch kein Kapital aufbringen, um sich unternehmerisch zu betätigen. Dem Schuldenmotor des Kapitalismus fehlt somit schlicht das Benzin.

UNGLEICHHEIT

Doch nicht nur zwischen den reichen Industriestaaten und den Ländern der Dritten Welt ist das Einkommen extrem ungleich verteilt. Auch innerhalb der westlichen Gesellschaften macht sich eine immer krassere Einkommens- und Vermögensspreizung bemerkbar. Sie wird nicht nur als ungerecht empfunden und stellt somit ein politisches Problem dar, sondern entwickelt sich zunehmend auch zu einem ökonomischen Problem. Warum? Weil nur diejenigen als Konsumenten in Frage kommen, die über entsprechende Kaufkraft verfügen. Die Wirtschaft interessiert sich nur für eins, und das ist Geld.

Wer zahlungsfähig ist, muss nicht erklären warum. Geld stinkt nicht. Das wusste schon der römische Kaiser Vespasian, als er eine Latrinensteuer erhob. Weder im Supermarkt noch beim Autohändler interessiert sich jemand dafür, wie Sie das Geld erworben haben, das Sie gerade dort ausgeben wollen. Hauptsache, sie tun es. Die Wirtschaft liebt sie, so lange Sie zahlungsfähig sind. Bedürfnisse hat jeder. Aber sich diese auch leisten zu können, das trennt die Spreu vom Weizen, macht den Kunden zum König. Wenn das aber auf immer weniger Leute zutrifft, dann wird es auch für den Kapitalismus eng.

Die ungleiche Einkommensverteilung führt aber noch zu einem anderen Problem. Hohe Einkommen werden zu einem großen Teil gespart. Vermögen werden so immer größer. Vermögen, die Rendite suchen, welche sie aber nur ziehen

können, wenn investiert und damit weiter akkumuliert wird. Damit ist der Wachstumszwang auf der Welt. Dieselbe Dynamik, die uns so viel Gutes gebracht hat, wird zur Geißel. Das Kapital will ein immer größeres Stück vom Kuchen. So lange er selber größer wird, ist alles in Ordnung. Dann kann das Kapital seine Rendite aus den Zuwächsen erzielen. Findet das aber nicht mehr statt, dann wird das Kuchenstück der Arbeitnehmer und des Gemeinwesens kleiner werden müssen. Haben die Arbeitnehmer als Konsumenten aber weniger Geld in der Tasche, dann werden sie ihre Einkäufe reduzieren. Damit fällt der Wirtschaft wiederum die Nachfrage, womit sie erst recht instabil wird.

Denn ausbleibende Nachfrage bedeutet sinkende Gewinne. Sinkende Gewinne aber bedeuten mangelnde Solvenz. Schulden können nicht mehr bedient werden. Die Pleite droht und mit ihr der große Kollaps. Der Kladderadatsch, wie das August Bebel in den 1920ern zu nennen pflegte. Er ist dem Kapitalismus gleichsam eingebaut. Wir können ihm nur entgehen durch weiteres Wachstum, durch die permanente Flucht nach vorne. Dadurch können wir den Einbruch zwar nicht verhindern, aber zumindest so lange wie möglich hinausschieben. So lange, wie es nennenswertes Wachstum gibt. Natürlich könnte sich das Kapital auch mit einem kleineren Stück bescheiden, könnte auf Rendite verzichten. Aber das tut es halt sehr ungern. Üblicherweise nur, wenn man es zwingt. Volkswirtschaften mit hohen Ersparnissen haben daher zwei Perspektiven. Wirtschaftswachstum oder Verteilungskampf. Eine dritte Option gibt es nicht.

KEINE WAHL

Für die Marktwirtschaften des Westens werden die wachsenden Einkommensunterschiede deshalb zu einer echten Herausforderung werden. Eine Wirtschaftspolitik wie die deutsche oder auch die österreichische, die sich dem Motto »Wohlstand durch Wachstum« verschrieben hat, wird sich dieses Problems in absehbarer Zeit annehmen müssen. Sie wird es nicht wollen, klar, aber ihr wird gar keine andere Wahl blei-

ben. Zumindest dann, wenn sie ihr politisches Versprechen auch nur annähernd einlösen will, was sowieso schwer fallen wird, machen wir uns da nichts vor. 🍷



Thomas Strobl
OHNE SCHULDEN
LÄUFT NICHTS.

dtv, 272 Seiten,
15,40 Euro

THOMAS STROBL

ist Ökonom, Manager und Publizist. Er betreibt den Blog »Weiß gar nix«, auf dem er täglich das Wirtschaftsleben und die Mainstreamexperten kritisch unter die Lupe nimmt. Kürzlich erschien von ihm das Buch »Ohne Schulden läuft nichts: Warum uns Sparsamkeit nicht reicher, sondern ärmer macht«.

Der Text basiert auf einem Vortrag im
Kreisky-Forum im November 2010.

Zehn Punkte zur Industriepolitik

Die wirtschaftspolitische Debatte fokussiere, so kritisiert Heinz Kienzl, zunehmend auf die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft. Dabei gerieten Fragen der industriellen Entwicklung zu sehr aus dem öffentlichen Blickfeld. Um der weiterhin anhaltenden ökonomischen Bedeutung der Industrie Rechnung zu tragen, formuliert Kienzl daher zehn Thesen zur österreichischen Industriepolitik

1) Ein Schweizer Kollege, er war der volkswirtschaftliche Berater des Schweizer Gewerkschaftsbundes, sagte mir einmal: »Wir Schweizer sind infolge der Langsamkeit unserer Beschlüsse unverdientermaßen in den Ruf höherer Weisheit gekommen!« In Österreich haben wir uns, zumindest was das Ignorieren der Lockrufe der *New Economy* anbelangt, auch so verhalten. Die Aussage, die Schwerindustrie, die Schornsteinindustrie, ja die Industrie überhaupt, habe keine Zukunft, die Zukunft gehöre der *New Economy*, haben wir zumindest zeitweise und auch teilweise ignoriert. Die Forderung, die alten Industrien abzubauen und überhaupt alte Systeme abzuschaffen, hat eine lange Geschichte: Es wurde uns empfohlen, die Straßenbahn abzuschaffen, die Schiene wegzureißen und dafür Trolley-Busse einzuführen, das war eine Parole in den frühen 60er Jahren. Glücklicherweise haben wir die Straßenbahnschienen nicht herausgerissen und eingeschmolzen, sondern haben ein Verkehrssystem, um das uns viele andere Städte beneiden.

Genauso haben die österreichischen Arbeitnehmerorganisationen und die Politiker den Vorschlag, den immerhin ein Horst Knapp gemacht hat, ignoriert, nämlich Donawitz stillzulegen und die Werke auf andere Standorte zu verlagern, die über eine bessere Verkehrsanbindung verfügten. Inzwischen hat aber Donawitz seine Produktion radikal umgestellt und mit einem Produkt, dem man vor 50 Jahren überhaupt keine Chance gegeben hätte, weltweit reüssiert, nämlich mit den hochqualitativen Schienen und Weichen für die Schnellstrecken der Bahnen.

Die Dienstleistungswirtschaft hat natürlich ihre Bedeutung, die aber maßlos übertrieben wurde – ein extremes Bei-

spiel wird später noch beschrieben werden. Jedenfalls hat die österreichische Wirtschaftspolitik die sogenannten *Old Industries* beibehalten, umgebaut, umstrukturiert, auf neue Produkte umgestellt und weitgehend erhalten.

2) Die Abneigung gegen allerlei Industrie hat sich aber auch in Absiedelung von Industriebetrieben aus den Städten manifestiert. Die Industrie wurde aus Wien weitgehend vertrieben und ein besonders erwähnenswertes Beispiel sind die Glanzstoffwerke in St. Pölten, die aus St. Pölten vertrieben wurden, weil die Schwefelwasserstoffbelastung der Luft die Bevölkerung zu sehr belastete. Auch in Linz wurde ja gegen die Verschmutzung der Umwelt durch die Industrie argumentiert, vor allem in Kleinmünchen wurde dagegen polemisiert und zumindest eine Umstellung, was die Abgase belangt, erzwungen, was allerdings eine sehr positive Entwicklung war.

3) Im Jahr 2008 wurden in den USA 37 Prozent der Profite im Finanzsektor gemacht, was man wohl nur als Zeichen einer Fehlentwicklung sehen kann. Es hat sich übrigens die Entindustrialisierung der USA, die natürlich nicht zu einer völligen Abwanderung der Industrie aus den USA führte, aber doch zu einer starken Schrumpfung, höchst negativ gezeigt.

In den ersten zehn Jahren des dritten Jahrtausends hat die US-Wirtschaft ein permanentes Leistungsbilanzdefizit produziert, auch begleitet von einem schweren Defizit der Haushalte. Infolge wurde versucht die negativen Auswirkungen auf die Nachfrage durch eine massive Geldschöpfung zu kompensieren, mit den bekannten Folgen für den Finanzsektor. Diese Krise beruhte natürlich nicht nur auf dem Fehlverhalten einiger Banken, sondern auch auf der mangelnden ökonomischen

industriellen Basis in den USA, die sich in einen Zweifrontenkrieg gestürzt hatten.

4) Es wird von Beurteilern der wirtschaftlichen Entwicklung immer wieder darauf hingewiesen, dass ein dauerndes Wachstum der Volkswirtschaften unmöglich sei, da es an viele Grenzen stößt. Die Sprecher des *Club of Rome* hatten ja prophezeit, dass in absehbarer Zeit das Wirtschaftswachstum zum Stillstand kommen muss, da die Rohstoff- und Energiebasis nicht mehr ausreichen würde. Natürlich wurde dabei vergessen, dass eine Verknappung immer zu Preissteigerungen führt und Preissteigerungen zu sparsamerem Umgang mit den Rohstoffen und damit auch zu einer Reduzierung der Umweltbelastung führen.

Tatsächlich gab es aber nie ein lineares Wachstum. Ein schönes Beispiel dafür ist Großbritannien zu Beginn des 18. Jahrhunderts, als der Energieträger Holz so knapp wurde, dass man auf einen anderen Primärenergieträger umsteigen musste. Es wurde ja nicht einmal mehr aus dem Schwarzwald genügend Holz herangeschafft. Ergebnis: Die englische Wirtschaft hat sich auf Kohle umgestellt und dann ein enormes Wachstum zu Stande gebracht. Genauso ist die gegenwärtige Situation zu sehen. Wenn Erdöl tatsächlich knapp wird, wird es zumindest zeitweise durch Erdgas und Kernenergie ersetzt werden.

Das heißt, wir brauchen uns nicht vor einem Wachstumsstopp zu fürchten, der auf Verengungen reagiert und reagieren muss. Genauso ist es mit der Belastung der Umwelt – bekannt ist die Aussage eines Ökonomen, dass in New York, wenn es weiter so wächst, der Pferdemit bald drei Meter hoch in den Straßen liegen würde. Nun, die Droschken in New York wurden bekanntlich durch Autos ersetzt, die Autos verschmutzen die Luft, und darum wird man vermutlich auf Elektroautos umsteigen. Und wenn die Erdölversorgung immer teurer wird und die Erdgasversorgung immer problematischer, werden neue Energiequellen erschlossen werden, das

können solarthermische Kraftwerke in subtropischen oder in Wüstengebieten sein oder Kernkraftwerke oder – vielleicht, in ferner Zukunft – Fusionskraftwerke.

Wir brauchen uns also nicht vor einem Stillstand des Wirtschaftswachstums fürchten, es werden immer neue Produkte gesucht werden. Das geht von Hüftgelenksprothesen über künstliche Linsen für die Augen bis hin zu neuen Verkehrsrouten, beispielsweise bei einer möglichen Erwärmung der Erde, zur Nordwest- und Nordostpassage mit natürlich anderen Schiffen und anderen Hafenanlagen. Sollte Erdgas aus politischen Gründen nicht mehr über bestimmte Pipelines transportiert werden können, gibt es immer noch die Möglichkeit der Verflüssigung von Erdgas. Mit anderen Worten, die wirtschaftliche Entwicklung geht nicht linear, sondern in Verästelungen vor sich, wobei dann manche Äste immer stärker und stärker werden, andere hingegen verdorren.

5) Die österreichische Wirtschaft hat die Krise des Finanzkapitalismus und des Casinokapitalismus verhältnismäßig gut überstanden. Wenn wir einen Vergleich mit dem aktuellen Problem Griechenland ziehen, dann können wir auch sehen, was uns geholfen hat. Die österreichische Wirtschaft steht auf mehreren Beinen. Griechenland hat zwar einen Sommertourismus, wir aber haben einen Sommer- und Wintertourismus. Griechenland hat zwar eine Flotte, die unvergleichlich größer und ertragreicher ist als unsere Katamarane auf der Donau, aber wir haben eine breitgefächerte Industrie und einen breitgefächerten Dienstleistungssektor, angefangen vom Bankwesen über soziale und medizinische Dienstleistungen bis zum Tourismus.

Diese Vielfältigkeit der österreichischen Wirtschaft ist nicht nur die Grundlage für die Bewältigung von Krisen, sondern auch eine Grundlage für die Aufrechterhaltung einer möglichst hohen Beschäftigung. Österreich hat neben den Niederlanden die niedrigste Arbeitslosenrate in der Europäischen Union, dies geht nicht nur auf eine geschickte Nachfra-

geschaffung Ende 2008 zurück, sondern auf die Widerstandsfähigkeit österreichischer Industrien. Dabei sollte beachtet werden, dass Prognosen, wie einzelne Wirtschaftszweige florieren können, nicht allzu ernst genommen werden dürfen. Die Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter hat jahrzehntlang den Mythos gelebt, dass sie international nicht konkurrenzfähig sein kann, also eine Marktöffnung zu ihrem Untergang führen muss. Tatsächlich hat aber die Marktöffnung zu einem Aufblühen der Lebensmittelindustrie geführt, die auf der Qualität und Exportfähigkeit ihrer Produkte beruht und sie hat expandiert. Wir haben eine chemische Industrie, die zum Teil umstritten ist, wir haben eine Pharmaindustrie, wir haben eine Holz- und Papierindustrie, angefangen vom Schnittholz bis zum Faserholz und natürlich auch viele andere wenig bekannte und beachtete Industrien.

6) Die Industriepolitik, die wir früher betrieben haben, die in einem hohen Maße auf Anwerbung von großen internationalen Konzernen beruht hat, es seien hier nur Siemens und Philipps erwähnt, hat auch sehr stark Regionalpolitik betrieben. Hier sei auf das Projekt Industrialisierung von Aichfeld-Murboden und die Industrialisierung einiger Städte des Burgenlandes schon in den 60er Jahren verwiesen. Aber nicht zuletzt gab es auch den Umbau von VOEST-Alpine, wobei die ursprüngliche Zusammenfassung sich als nicht praktikabel erwiesen hat, da allzu viele betriebliche, Management- und standortmäßige Schwierigkeiten bestanden. Letztendlich hat aber die österreichische Schwerindustrie von VOEST über Böhrler bis Schöller-Bleckmann durch neue Produkte, neue Märkte, neue Verfahren und die Verwendung von Forschungsergebnissen der Metallurgie großartige Erfolge erzielt. Freilich ist eine Schrumpfung der Zahl der Unternehmen damit Hand in Hand gegangen, wodurch nicht mehr alle der seinerzeitigen Arbeitsplätze erhalten werden konnten.

Es sind aber auch viele Industrien entstanden, an die man früher kaum gedacht hatte. Kreisky hatte die Idee eines »Austroporsche« – aus dem Austroporsche ist nichts geworden, aber

der Autocluster in der Steiermark, nicht zuletzt basierend auf der Forschung der Firma List, hat erstaunliche Ergebnisse erzielt.

Wir können uns also nicht darauf verlassen, dass wir neue Industriebetriebe aus den USA, aus Schweden oder aus Großbritannien abziehen können, dort sind sie zum Teil schon verschwunden, sondern wir haben die größten Erfolge erzielt, wenn aus kleineren Betrieben größere wurden, fast unbeachtet von der Öffentlichkeit. Wer redet denn z.B. viel von den Löschfahrzeugen von Rosenbauer oder den Aufzügen von Doppelmayer, Exportprodukte mit erstaunlichen Erfolgen. Eine Studie über diese so genannten »Gazellen« hat Patrick Horvath in Arbeit und wird sie zur gegebenen Zeit der ZUKUNFT anbieten.

7) Wir müssen uns darüber klar werden, dass wir nicht mehr Nehmer sein können, da wir an der Spitze marschieren. Wir können nicht damit rechnen, dass wir Forschungsergebnisse aus anderen Ländern übernehmen. Wir müssen uns darüber klar sein, wenn man einmal an der Spitze steht, muss man selbst Forschung in Produktion umsetzen können. Das geschieht laufend und ist von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet.

Es werden einige Großbetriebe angeschaut und beachtet, hunderte oder tausende andere führen ein mehr oder weniger unbeachtetes Dasein, expandieren, exportieren, wachsen und manche verschwinden natürlich auch wieder. Denken wir an Berndorf, einmal ein Erzeuger von Essbesteck, dann wieder von Aluminiumbahnen für Filmrollen und auch heute produzieren sie Dinge, welche für die Wirtschaft unerlässlich sind, deren Existenz der Öffentlichkeit aber meist verborgen bleibt. Und dieses Nicht-Kennen ist weitverbreitet und führt uns auch dazu, dass wir die Expansion der österreichischen Industrie unterschätzen.

Wir sind weitgehend unbeachtet auch relativer Exportweltmeister geworden! Denn, was die Deutschen zu Stande

gebracht haben, haben wir unseren Größenordnungen entsprechend auch geschafft. Nicht zuletzt aufgrund des Erfindergeistes unserer Forscher, der Fähigkeit unserer Manager in den Industriebetrieben und auch aufgrund einer vorsichtigen Lohnpolitik der Gewerkschaften, die aber den Arbeitnehmern nicht das gebracht hätte, was ihnen eigentlich zustehen würde, da ein sehr hoher Anteil des wachsenden Sozialproduktes in sozialpolitische Kanäle gegangen ist.

8) Wir können heute nicht sagen, woher diese neuen Industrien und diese neuen Arbeitsplätze kommen werden. Dazu zwei Anekdoten: Friedrich Austerlitz soll einmal gefragt worden sein, wie denn der Zukunftsstaat der Sozialdemokraten aussehen soll? Austerlitz antwortete sinngemäß, dass alle fälschlicherweise meinen, dass der Zukunftsstaat nicht funktionieren könne, weil es immer untergeordnete Tätigkeiten geben müsse, etwa den Schuhputzer. Doch siehe da: Dann wurde die Schuhputzmaschine erfunden! Und das gilt im Prinzip noch heute: Vor 30 Jahren etwa haben höchstens einige Zukunftsforscher geahnt, dass drahtlose Telefonie – das Handy – einmal ein dermaßen gewaltiger Wirtschaftszweig sein sollte.

Und so müssen wir uns darauf einstellen, dass wir auch heute nicht vorhersagen können, welche Industrien auf den Markt kommen werden, welche Industrien in 20 Jahren eine Rolle spielen werden, wo wir in 20 Jahren Arbeitsplätze für unsere Industriearbeiter und die auf den Arbeitsmarkt Kommenden finden werden. Was wir sehen, ist die Chance, dass in tausenden größeren und kleinen Betrieben Umstrukturierungen und Expansionen stattfinden, neue Produkte gefunden und neue Absatzmärkte gesucht werden.

Kurz und gut, es gilt das Wort von Anton Benya: »Die Wirtschaft befindet sich in einer dauernden Bewegung. Wer das nicht sehen will und glaubt, dass alles still stehen kann, der irrt sich!« Es ist ja so, dass die Chancen, die für einzelne Betriebe bestehen, von Außenstehenden kaum gesehen werden können, nur die Akteure können sie erkennen und ihre

Chancen nutzen. Das heißt, in der Industriepolitik müssen wir uns darauf verlassen, dass die Manager und Ingenieure, die Facharbeiter und Exportkaufleute – unter dem Existenzdruck und natürlich auch unter dem Bestreben, Gewinne zu machen, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern – neue Wege suchen. Nach einem darwinistischen Prinzip werden die Tüchtigen überleben und so, wie die Menschen der Steinzeit neue Lebensräume erschlossen haben, werden wir weiterhin neue wirtschaftliche Expansionsmöglichkeiten finden.

9) Wie muss aber der Nährboden aussehen, auf dem neue Industrien aufwachsen können? Wir müssen eines vorausschicken, die Grundlage für eine industrielle Expansion muss eine gesellschaftliche Konvention sein, eine gesellschaftliche Bereitschaft, gewisse Belastungen zu akzeptieren, das sind z. B. Belastungen für die Umwelt. Wer in einer Stadt leben will, kann nicht nur damit rechnen, dass Stadtluft frei macht, sondern, dass Stadtluft auch nicht so gesund ist wie die Luft auf einer Alm. Aber mit diesen Problemen kann man zurechtkommen. Es muss aber auch ein gewisser fortschrittlicher Geist herrschen, wir können nicht in die Vergangenheit zurückschrumpfen und schon gar nicht einen Stillstand anstreben.


Das heißt, wir müssen von der ökologischen Übertreibung abweichen, wobei natürlich für ein Fremdenverkehrsland eine gute Umwelt eine Selbstverständlichkeit sein muss, aber wir sollten auch die Veränderung zur Kenntnis nehmen und als unvermeidliche Konsequenz eines besseren Lebens akzeptieren. Zu einem guten Leben gehört nun einmal auch, dass Menschen eine Arbeit finden und eine Tätigkeit ausüben können, die ihnen einen anständigen Lebensstandard ermöglicht. Es muss in Österreich auch eine Bereitschaft bestehen, für Forschung Geld auszugeben, es muss eine Bereitschaft der Jugend bestehen sich härteren Lebensbedingungen zu unterwerfen, das heißt also, auch Studien zu ergreifen, die hohe Anforderungen stellen, wie z. B. das Chemie- und das Physikstudium.

Selbstverständlich muss auch mit einer stabilen Währung gerechnet werden können, aber hier hat ja der Euro eine gute Voraussetzung geschaffen und das Bildungssystem muss so gestaltet werden, dass leistungswillige Jugendkohorten zu Stande kommen. Natürlich muss man damit rechnen, dass nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung einen starken Leistungswillen haben und die anderen dann mitnehmen, aber das ist auch eine Frage der Erziehung, und so merkwürdig das klingen mag, Erziehung ist auch ein Teil der Industriepolitik.

10) Die Industriepolitik hat auch eine politische und gewerkschaftliche Komponente. Wenn wir die Wahlergebnisse in Oberösterreich und in der Steiermark in Zeiten der Krise analysieren, kommen wir unvermeidlicherweise zu der Erkenntnis, dass gerade in den Hochburgen der Sozialdemokratie – und das waren nun einmal die Industriegemeinden – die schwersten Verluste eingetreten sind. Es ist ganz klar, die österreichische Industrie hat eine Krise zu überwinden gehabt, die Exportmärkte sind geschrumpft, die exportierenden Industrien konnten nicht alle Arbeitsplätze halten, Kurzarbeit wurde eingeführt, aber vor allem hat sich in den Industriegebenden die Angst vor Niedergang und Arbeitslosigkeit festgesetzt und hat die Stimmung zu Ungunsten der Sozialdemokratie verschlechtert.

Eine Industriepolitik, wie sie die Sozialdemokratie unterstützen müsste, sollte also auf Wiederbelebung des Arbeitsmarktes hinarbeiten und das heißt nichts anderes, als an einer weiteren Industrialisierung, einer konstruktiven Industriepolitik festzuhalten und das heißt natürlich auch, dass man die Industrie nicht ständig mit neuen Belastungen konfrontieren sollte, die sie nicht bewältigen kann.

Dass die Industriepolitik auch eine gewerkschaftliche Komponente hat, liegt auf der Hand. Wir haben in letzter Zeit ja festgestellt, dass die Produktionsgewerkschaften im Gegensatz zur Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaft der Privatangestellten, starke Verluste einfahren

mussten, was einleuchtend ist, denn wenn ein Industriearbeiter arbeitslos wird, wird er auch seine gewerkschaftliche Bindung fallen lassen, vor allem, wenn ihm die Gewerkschaft nicht helfen konnte. Sie kann es aber tatsächlich in der Regel nicht, denn Abfederungen, Hilfsprogramme und Notstandsprogramme können zwar individuell helfen, dass es zu keinem Zusammenbruch individueller Existenzen kommt, aber die Moral, das Selbstwertgefühl leidet unvermeidlicherweise. Es ist also für die Gewerkschaft auch wichtig, dass Großbetriebe weiter bestehen, die Arbeitnehmern Arbeitsplätze bieten können. 

HEINZ KIENZL

war Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des ÖGB und später Generaldirektor und Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank.

ROOD
TROPENMUSEUM
AMSTERDAM



Plädoyer für eine neue Demokratisierung

Ausländer, Migranten und deren Kinder – sie bestimmen die aktuelle innenpolitische Auseinandersetzung. Barbara Serloth meint, wir wären tolerant, arrogant, schnoddrig und stünden jetzt vor einem ziemlich ausgeprägten demokratiepolitischen Schlamassel.

Deutschland ist seit Sarrazins verbalem Wutausbruch in der Geiselhaf der Migrations-, Integrations- und Zuwanderungsdebatte. In Wien wurde von der FPÖ ein Ein-Themen-Wahlkampf, der auf der undifferenzierten Angst vor Zuwanderern aufbaute, geführt und gewonnen. Ausländer, Migranten und deren Kinder – sie bestimmen die aktuelle innenpolitische Auseinandersetzung. Unleugbar ist, dass in den letzten Wochen ein nicht unbeträchtliches Maß an Unmut und Ängsten aufgebrochen ist, die Oberfläche der politisch-medialen Öffentlichkeit erreicht hat. Vieles wird plötzlich wahrgenommen, das schon längst wahrnehmbar gewesen ist. Vieles wird nun thematisiert – zu Recht oder zu Unrecht ist dabei demokratiepolitische egal. Jedes Anliegen ist legitim. Noch mehr aber stört plötzlich – einfach so. Das ist nicht legitim. Vor allem, weil es den Keim der Diskriminierung in sich trägt. Einen Keim, der unendlich fruchtbar ist.

Eine Zurückweisung der Debatte kann und darf es trotzdem nicht geben. Es muss eingestanden werden, dass die Diskussion über all die Probleme, die es real – seit Jahren – gibt, lange vermieden wurde. Vor allem durch die Linke und damit trägt sie, gerade sie, eine große, nicht wegzuredende (Mit) Verantwortung. Die Ansprüche auf eine Gesellschaft der Gleichen, die auf Demokratie, Säkularisierung, Frauenemanzipation, Gleichberechtigung aller Schichten und Gruppen, Gewaltfreiheit, das Recht auf eigenständige Lebensentwürfe, all diese Eckpfeiler wurden dem Romantizismus des Multikulturalismus geopfert. – Mit links. Und weil man gerade beim Vergessen von Selbstverständlichkeiten war, wurde auch nicht nachgefragt, ob alle Seiten eine multikulturelle Gesellschaft verwirklichen wollen – oder ob vielleicht einige Gruppen der

MigrantInnen nicht viel eher einem pluralen Monokulturalismus huldigen. Vor lauter Toleranz wurde auf Grundwerte und Menschenrechte im Allgemeinen vergessen. Neue Rassen- Antisemitismen und Antidemokratismen? Seit wann wird darüber kritisch diskutiert? Zwangsheirat? Mädchenbeschneidung? Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund? Seit wann wird vorbehaltlos und fair darüber gesprochen, geschrieben, geredet? Selbst Gerichtsurteile dürfen scheinbar in Österreich des Jahres 2010 noch immer auf der (juristischen) Meinung basieren, Gewalt sei als legitimer Teil des kulturellen Erbes anzusehen.

VERLOGENHEIT

Wir sind verlogen. Geben wir es zu. Vor allem wir – die linke Bildungsschicht. Wir haben uns in eine bequeme Ignoranz-Toleranz zurückgezogen. Diese basiert auf einer Ausgrenzungshaltung. Die betroffenen Individuen wurden nie in unsere Solidargemeinschaft aufgenommen, sie leben mit uns, aber wir sind – durchaus manchmal aufgrund der Schuld aller Beteiligten – nicht solidarisch mit ihnen. De facto ist ihr Schicksal der Gesamtbevölkerung ziemlich egal. Toleranz begründet sich in diesem Fall auf Gleichgültigkeit, auf der unausgesprochenen Haltung, dass die Einschränkung von Menschenrechten für eine gewisse Bevölkerungsgruppe belanglos ist. Das fehlende Engagement, die Absenz der Bereitschaft, sich für die Betroffenen einzusetzen, wurde mit der Toleranz gegenüber kulturellen, religiösen oder ethnischen Besonderheiten legitimiert oder auch übertüncht. Damit wurde gleichzeitig die Tradierung der Ignoranz verbunden.

Diese Ignoranz-Toleranz haben wir aber auch jenen Bevölkerungsgruppen entgegengelebt, die sich nicht in den



Barbara Serloth
ZU BUNT?
Studienverlag,
144 Seiten,
19,90 Euro

komfortablen Wohngegenden der Bezirke innerhalb des Gürtels befinden, die dort leben, wo die AusländerInnen nicht gebildet, angepasst sind, nicht selbst zum Bildungsbürgertum gehören. Wir haben uns schlicht wenig bis gar nicht darum geschert, wie sich die Bevölkerung in den sogenannten Arbeiterhochburgen fühlt, wenn ihnen ihr Zuhause entfremdet wird, weil andere sich in der Fremde zu Hause fühlen wollen. Im 7. oder 8. Bezirk gibt es kein Ausländerproblem – in Simmering und Favoriten aber sehr wohl.

Wir waren tolerant, arrogant, schnoddrig – und stehen jetzt vor einem ziemlich ausgeprägten demokratiepolitischen Schlamassel. Nun sind wir alle, als Gesamtheit, mit einem nicht zu unterschätzenden Potential an ProtestwählerInnen, die nicht wissen, gegen was sie sind, oder auch mit Menschen, die HC Strache wählten, ihn aber nicht bei jeder Meinungsumfrage in einer Verantwortungsposition wissen wollen, konfrontiert. Wir haben Kritik um der Kritik Willen; Aufstand als Programm; Protest ohne Bereitschaft zur Auseinandersetzung – mit den eigenen Ansprüchen und jenen der anderen.

WIR SIND GEFORDERT

Die Wien-Wahl zeigte eines deutlich: Österreich ist gefordert, demokratiepolitische Basis- und Aufräumarbeit zu leisten. Wir müssen auf der einen Seite autochthone Bevölkerungskreise, die schlicht der Demokratie den Rücken zukehren und eine Hau-Drauf-Politik unterstützen, in den demokratischen Diskurs zurückholen. Dies bedarf nicht nur der Auseinandersetzung mit ihren Anliegen, Ängsten und Abwehrreaktionen, sondern auch mit der Aufgabe der Ignoranz-Toleranz. Das bedeutet erstens: Von allen Bevölkerungsgruppen muss die zweifelsfreie Akzeptanz der säkularisierten Demokratie, der Gleichheit, Freiheit und der Menschenrechte, ungeteilt und unteilbar, eingefordert werden. Es muss von allen einforderbar sein, dass Mädchen dieselben Chancen hinsichtlich Bildung und Selbstverwirklichung haben, dass sie nicht von ihren Eltern aus Schul-Jahrgängen oder Schulfächern genom-

men werden können. Sie haben ein Recht zu lernen, zu leben und ihre eigenen Lebensentwürfe auszuloten. Frauen haben das Recht auf ein eigenständiges Leben.

Zweitens bedeutet es: Auch von MigrantInnen muss gefordert werden, den im Zuzugsland bestehenden Wertekanon zu akzeptieren und zu leben. Migration bedeutet, sich bewusst und willentlich in eine neue Gemeinschaft zu begeben und Teil von ihr sein zu wollen. Das bedeutet, mit Neugier und Toleranz auf das Neue, das man sich ausgesucht hat, zuzugehen – im Bewusstsein des Rechtes aufgenommen zu werden.

Letzteres basiert auf dem dritten Aspekt: Teil von der Gemeinschaft der Gleichen zu sein bedeutet mitbestimmen zu können bzw. auch zu müssen. Demokratie ist Verpflichtung für uns alle. Die, die kommen, müssen sich eingliedern. Sie müssen sich – dem individuellen Recht auf Eigenheit – eingliedern, Teil des Ganzen werden. Das unterscheidet kein Individuum in der Demokratie. Aber – und dies unterscheidet die Neuankommenden von den Autochthonen – sie müssen auch eine Chance dafür bekommen. Teil zu werden, heißt auch teilzunehmen und teilnehmen zu können. Dies betrifft – wie gesagt – alle. Protest als l'art-pour-l'art-Haltung ist genauso wenig zu akzeptieren, wie der Rückzug in eine geschlossene Parallelgesellschaft, denn letztlich bleibt in all diesen Fällen nur das demokratische Miteinander auf der Strecke und damit die offene, liberale, faire und solidarische Gesellschaft. 🍷

BARBARA SERLOTH

studierte Politikwissenschaft und Ethnologie;
langjährige Lektorin am Institut für Staatswissenschaften.
Von der Autorin erschien im Dezember das Buch »Zu bunt?
Über nationalstaatliche Demokratie im entgrenzten Zeitalter«.
Der Beitrag stellt die reine Privatmeinung der Autorin dar.

Aufstand, Krieg & Ende



Unsichtbares Komitee DER KOMMENDE AUFSTAND

»Unter welchem Blickwinkel auch immer man es betrachtet: Die Gegenwart ist ausweglos«, konstatieren die Autoren des vorliegenden Manifests. Für sie sind die Aufstände in den französischen Vorstädten und in der Athener Innenstadt sowie andere soziale Explosionen keine Einzelfälle. Sie sind vielmehr revolutionäre Momente, der Beginn des Endes der westlichen Demokratien.

EDITION NAUTILUS, 128 Seiten, 10,20 Euro



Sebastian Junger WAR. EIN JAHR IM KRIEG

Es ist kein Buch über Afghanistan oder den Krieg gegen den Terrorismus. Es handelt von Männern im Krieg, über den Zusammenhalt einer Gruppe, in der jeder alles für die anderen tun würde, auch wenn man sich nur kurze Zeit kennt. Junger schreibt seine Erfahrungen

aus der Zeit nieder, als er einen Zug des Zweiten Bataillons der US-Army ein Jahr lang in Afghanistan begleitete.

KARL BLESSING VERLAG, 336 Seiten, 20,60 Euro



Christine Brinck EINE KINDHEIT IN VORMAURISCHER ZEIT

Das Leben im Schwerin der 1950er Jahre dringt unerbittlich in den Privatraum Familie ein. Denn selbst in Freundschaften oder auf dem Pausenhof konnte jedes Wort eines zu viel sein. Wie Menschen mit bedrohlichen Situationen fertig werden, ohne Humor und Tatkraft zu verlieren und wie man sich zwischen Auflehnung und Rückzug täglich neu arrangiert, davon erzählt die Autorin.

BERLIN VERLAG, 172 Seiten, 20,50 Euro



Diana Athill IRGENDWO EIN ENDE

Diana Athill ist 92 und die Grande Dame der britischen Verlagsbranche. In ihrem Buch denkt sie über die Bedeutung langjähriger Freundschaften nach, setzt sich mit Religion auseinander und spricht über Liebe und Sex im Alter. Das

alles tut sie mit großer Offenheit, Ehrlichkeit, viel britischem Humor, ausgesprochen unsentimental und schaut mit klarem Blick zurück auf ein bewegtes Leben.

ULLSTEIN, 219 Seiten, 18,60 Euro



Toby Lester DER VIERTE KONTINENT

Über viele Jahrhunderte glaubten die Europäer, die Welt bestünde aus drei Teilen – bis zum Jahr 1507, als der deutsche Kartograph Martin Waldseemüller den vierten Kontinent erstmals in einer Karte einzeichnete. Er war den Berichten Amerigo Vespuccis gefolgt, der wenige Jahre zuvor die Ostküste Südamerikas erkundet hatte. Ihm zu Ehren hielt Waldseemüller den Namen »America« auf der Karte fest.

BERLIN VERLAG, 527 Seiten, 41,10 Euro



B. Pörksen / W. Krischke (Hg.) DIE CASTING-GESELLSCHAFT

Der Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit ist Alltag geworden, beschränkt sich nicht mehr nur auf Prominente und Medienprofis. Immer mehr Menschen bereiten sich mit aller Raffinesse auf den großen Auftritt und den unendlich verführerischen Moment des Gesehenwerdens vor – gleich, ob dieser auf der eigenen Homepage stattfindet, kniend oder beim Schlagabtausch in einer Talkshow.

HERBERT VON HALEM VERLAG, 346 Seiten, 18,50 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Väter, Brüder & Winterreise



Arno Geiger DER ALTE KÖNIG
IN SEINEM EXIL

Wenn einer nicht mehr denken kann wie früher, was ist das für ein Leben? Arno Geigers Vater hat Alzheimer. Die Krankheit löst langsam seine Erinnerung und seine Orientierung in der Gegenwart auf, lässt sein Leben abhandenkommen. Arno

Geiger erzählt, wie er nochmals Freundschaft mit seinem Vater schließt und ihn viele Jahre begleitet, und entdeckt, dass es auch im Alter in der Person des Vaters noch alles gibt.

HANSER, 192 Seiten, 17,90 Euro



E. L. Doctorow
HOMER & LANGLEY

Inspiriert durch eine wahre Geschichte erzählt E. L. Doctorow von den Brüdern Homer und Langley, die ihr Haus an der New Yorker Fifth Avenue mit Objekten ihrer Sammelwut voll stellen und nach und nach ihre Verbindungen zur Außen-

welt kappen. Die jedoch klopft in Form von Besuchern immer wieder an die Haustür. Doctorow lässt die Geschichte der ersten achtzig Jahre des letzten Jahrhunderts Revue passieren.

KIEPENHEUER & WITSCH, 219 Seiten, 19,50 Euro

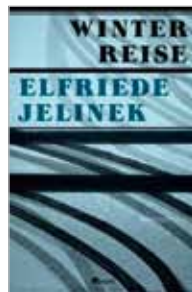


Philip Roth
NEMESIS

Roth vollendet sein Romanquartett mit der Geschichte einer fiktiven Kinderlähmungs-Epidemie. Die Kinderlähmung hinterlässt lebenslange Schädigungen, viele sterben. Bucky Cantor betreut einen Kinderspielplatz und liebt seine Schützlinge – er ist enttäuscht von sich selbst, da

er wegen eines Augenleidens nicht an die Front ziehen konnte und führt seinen privaten Krieg gegen die Seuche.

HANSER, 221 Seiten, 19,50 Euro



Elfriede Jelinek
WINTERREISE

Fremd in der Welt und fremd dem eigenen Leben gegenüber, folgt Elfriede Jelinek in ihrem neuen Text den Spuren des Wanderers aus Franz Schuberts »Winterreise«. Der Weg beginnt in der unmittelbaren Gegenwart und führt immer deutlicher zu Stationen in Jelineks Biographie bis hin zu einer ebenso schonungslosen wie ironischen Selbstabrechnung mit ihrer Rolle als Autorin, die »das immer gleiche Lied leiert«.

ROWOHLT, 125 Seiten, 15,40 Euro



Ulrich Peltzer ANGEFANGEN
WIRD MITTENDRIN

In seinen Frankfurter Poetikvorlesungen gibt Ulrich Peltzer Einblicke in die Welt eines Schriftstellers und erzählt von dem Sprung in den Text, dem Mut zur Flucht und dem Adressaten seines Schreibens: »Wenn du einen anderen Adressaten

haben solltest als den Menschen, den du liebst, dann lass es gleich bleiben. Liebst du niemanden, dann schreib für die Engel, die Toten oder meinetwegen den Herrgott.« .

S. FISCHER, 176 Seite, 18,50 Euro



Georges Hyvernaud
HAUT UND KNOCHEN

Fast grenzt »Haut und Knochen« an eine Beweisführung: Warum der Ich-Erzähler an kein heiles Menschenbild mehr glauben kann. Doch dem Autor gelingt etwas Unwahrscheinliches: Schlimmste existentielle Erfahrungen verwandelt er in

Scharfsinn und Sprachwitz, die Grausamkeiten fängt er durch Wortturbulenzen auf, sodass sie nicht nur empörend oder schlimm, sondern auch amüsant erscheinen.

SUHRKAMP, 112 Seiten, 13,30 Euro

Blick in eine dunkle Vergangenheit


Im Jänner lief auf ARTE eine Dokumentation zum »Schweigen der Familie Quandt«. Ein eindrucksvoller Beitrag über eine der reichsten Familien Deutschlands – die Hauptaktionäre von BMW. Hintergrund des Berichts ist die Tatsache, dass die Familie die Grundlage ihres heutigen Vermögens in der Nazizeit erworben hat. Arm waren sie zwar vorher auch nicht. Aber das große Geschäft war einerseits Waffenproduktion für die deutsche Wehrmacht und – noch wichtiger – die Produktion von Batterien (heute VARTA) für U-Boote, Raketen und Militärfahrzeuge. Für den Standort der Batterieerzeugung wurde eigens ein KZ eingerichtet, für das sich die SS verpflichtete, die Aufsicht zu übernehmen und monatlich 80 »neue« Gefangene zum Ersatz »ausgefallener« Häftlinge einzuliefern.

In beiden Produktionen – Munition und Batterien – arbeiteten die KZ-Häftlinge ohne jeden Schutz vor den giftigen Dämpfen, die dabei frei gesetzt wurden. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und der Naziherrschaft waren die Fabriken nur wenig beschädigt und konnten mit britischer Genehmigung bereits im Sommer 1945 die Produktion wieder aufnehmen. Die Familie Quandt und deren Familienoberhaupt und Unternehmenschef blieb ungeschoren, weil offenbar die Besatzer mehr Interesse an der wieder anlaufenden Produktion hatten, als daran, hochrangige Kumpane der Naziherrschaft (Wehrwirtschaftsführer) in Nürnberg vor Gericht zu stellen – anders als im Falle Flick oder Krupp u. a. Die Familie Quandt scheut die Öffentlichkeit und verweigert seit 1945 jedes Eingeständnis zur Herkunft ihres Vermögens oder auch jedes Wort des Bedauerns gegenüber den wenigen Überlebenden des KZ's.

Nun: Die Frage, die bei der Beschäftigung mit der Zeit der Naziherrschaft immer sinnvoll ist, ist die Frage: Was hätten wir an deren Stelle und damals getan? Diese Frage ist im konkreten Fall wohl für die meisten Sozialdemokraten nicht so leicht zu beantworten, weil sie sich in der Regel nicht vorstellen können, Besitzer von Fabriken zu sein oder eben

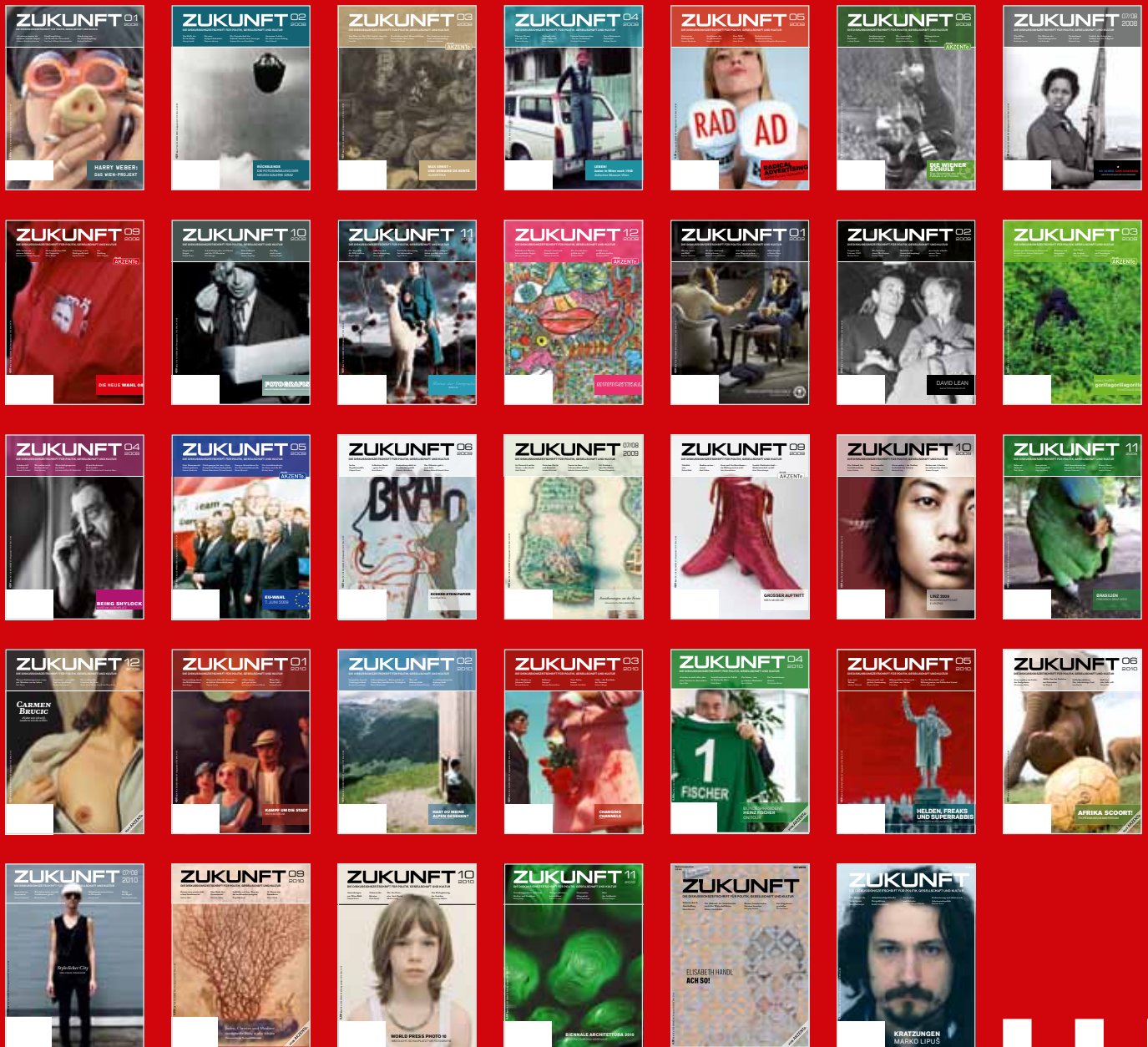
nem, der auch keine Fabrik hat oder hatte: Welches Interesse verfolgen Unternehmer normalerweise? Sie wollen möglichst viel Geschäft machen, große Umsätze und dementsprechend auch große und steigende Gewinne. Kriege und Kriegsvorbereitungen sind dafür vielfach sehr günstige Gelegenheiten wenn es gelingt, mit dem Staat ins Geschäft zu kommen. Schon das Familienoberhaupt der Quandts zur Zeit des ersten Weltkriegs machte ein Vermögen mit Uniformen. Dieses Geld nutzte er dann, um in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts verschiedene Fabriken zu kaufen, die dann die Grundlage des Geschäfts im zweiten Weltkrieg wurden.

Um mit dem Staat ins Geschäft zu kommen, versuchen Unternehmer sich mit dessen Vertretern gut zu stellen. Das taten auch die Quandts. Freilich: Es war ein besonderes Regime. Bloß: Waren sie daran schuld, dass es an die Macht kam? War Hitler nicht zunächst von einer breiten Masse der Wähler gewählt worden? Und sollten sie sich gegen billige Arbeitskräfte wehren, die anderen Unternehmen auch zur Verfügung standen? Wo sollten, wo müssen moralische Skrupel dem Profitstreben Grenzen setzen?

Freilich sind wir relativ rasch für ein eindeutiges Urteil in dieser Frage zu haben. Das ist nicht unsere Welt, diese Fragen mussten wir uns nicht auf diese Weise stellen. Und will man es Arbeitslosen in und nach der Wirtschaftskrise 1929–1932 verdenken, wenn sie sich den Nationalsozialisten zuwendeten? Wenn sie das Angebot, sich an anderen zu bereichern, annahmen? Wenn sie dabei waren, als jüdische Geschäfte zerstört, Synagogen angezündet und Juden erniedrigt wurden, und nichts dagegen taten? Oder geht es doch um dieselben moralischen Maßstäbe, die damals in beiden Sphären verloren gegangen sind? 

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der ZUKUNFT.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:
edition rot GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

